# Wahlprogramm

*Bündnis 90/DIE GRÜNEN*

## GAL Hamburg
## Bürgerschaftswahl

23. September 2001

An Hamburg arbeiten!

**Inhaltsübersicht:**


| | |
|---|---|
| Präambel: An Hamburg arbeiten! | 5 |
| In Hamburg leben | 7 |
| Für Hamburg sozial handeln | 11 |
| In Hamburg haushalten | 16 |
| In Hamburg aufwachsen | 18 |
| In Hamburg lernen und forschen | 21 |
| In Hamburg arbeiten | 26 |
| Frauen und Männer: Der andere Blick | 30 |
| Hamburg ist offen | 31 |
| Nachhaltigkeit? | 35 |
| Hamburg ist grün | 36 |

# Präambel:

## An Hamburg arbeiten!

Liebe Hamburgerinnen und Hamburger,

„Umbauen“ - so hatte die GAL 1997 ihr Programm zur Bürgerschaftswahl angesichts vieler ungelöster Probleme in unserer Stadt überschrieben. Dazu gehörten zum Beispiel Arbeitsplatzvernichtung und Umweltzerstörung, wachsende soziale Gegensätze oder Staatsverschuldung.
Sie, die Hamburger Wählerinnen und Wähler, haben uns mit 13,9 % gewählt -das bisher beste grüne Wahlergebnis in einem Bundesland - und dadurch mit den Umbauarbeiten beauftragt. Fast vier Jahre sind inzwischen vergangen, in denen wir glauben, deutlich gemacht zu haben, wie eine an Zukunftsfähigkeit und Gerechtigkeit orientierte Politik, grüne Politik, das Leben in unserer Stadt verändern und menschlicher gestalten kann.
Die GAL steht dafür, dass Hamburg für seine Bürgerinnen und Bürger mehr bereit hält als Büros und Einkaufszentren, dass Parkplätze nicht wichtiger sind als Bäume und Grünflächen.

Die GAL sorgt dafür, dass die Privatsphäre der Einzelnen stärker geschützt und der „Staat“ besser kontrolliert wird. Wir kämpfen weiter für eine Stadt, in der Menschen, die durch Verfolgung und Not aus ihrer Heimat vertrieben wurden, Schutz finden und respektvoll behandelt werden. Und wir haben die Weichen für eine Stadtentwicklung gestellt, die in Bildung und zukunftsfähige Techniken investiert, damit aus den Anforderungen des 21. Jahrhunderts echte Chancen für alle werden.
Unsere Politik für Hamburg beruht dabei auf der Überzeugung, dass nur eine sozial gerechte, sichere und umweltbewusste Stadt eine lebens- und liebenswerte Stadt ist, und zwar für alle Hamburgerinnen und Hamburger, auch für EinwanderInnen. Denn Hamburg ist eine offene Stadt, aufgebaut durch EinwanderInnen verschiedener Epochen.
Der von GAL und SPD getragene Senat war nicht nur eine neue Erfahrung für Hamburg, sondern - nach 16 Jahren als Opposition in der Bürgerschaft - auch für uns. Mit dem Eintritt der GAL in die Landesregierung verbanden sich - zum Teil unerfüllbare -Hoffnungen bei grünen Parteimitgliedern und bei unseren Wählerinnen und Wählern. Das ist, wenn wir ehrlich sind, nicht besonders verwunderlich. Denn die Erfahrung zeigt, dass es allen Oppositionsparteien so ergeht, wenn sie zum ersten Mal auf die Regierungsbank wechseln. Regieren ist nun mal wie das Bohren dicker Bretter. Eine Politik des Dialogs und der Miteinbeziehung aller Betroffenen kann Entscheidungen und vor allem Ergebnisse nicht einfach übers Knie brechen.

Die GAL hat in ihrer ersten Regierungskoalition hart gearbeitet. Das Ergebnis, davon sind wir überzeugt, kann sich sehen lassen. Unser Politik-Ziel stimmt mit unserem Politik-Stil überein: Wir wollen eine tolerante, aufgeklärte und friedfertige Gesellschaft. Dazu brauchen wir eine besonnene, gesprächsbereite und vorausschauende Politik, die offen für neue Ideen ist. Viele, die uns 1997 misstrauisch oder sogar ablehnend gegenüber standen, erkennen heute an, dass die GAL im Hamburger Rathaus und in den sieben Bezirks-Rathäusern eine kompetente, an

vernünftigen Lösungen orientierte und erfolgreiche grüne Politik macht. Wie anders wäre es zu erklären, dass sich viele grüne Ideen und Leistungen im Wahlprogramm der Hamburger SPD wiederfinden. Mehr noch: Es beweist, dass die grüne Regierungsarbeit für Hamburg fruchtbar und erfolgreich war.

Die politische Ausgangslage vor der Bürgerschaftswahl am 23. September macht uns zuversichtlich. Nach fast vier Jahren grüner Regierungsarbeit steht Hamburg gut da, in vielen Bereichen besser denn je. Die GAL hat in der Umwelt-, der Wissenschafts-, der Stadtentwicklungsbehörde und dem Senatsamt für die Gleichstellung einen Politikwechsel eingeleitet. Auch in den SPD-Ressorts konnten wir auf Basis des Koalitionsvertrages und darüber hinaus grüne Ansätze und Ideen verwirklichen.
Mit dem rot-grünen Wind der Bundesregierung im Rücken können wir unsere Politik so gestalten, dass Landes- und Bundesregierung sich gegenseitig stärken und ergänzen. Unsere moderne Großstadtpolitik scheitert nicht mehr an der rückwärts gewandten Politik des Systems Kohl.

Wir möchten Ihnen, liebe Hamburgerinnen und Hamburger, mit diesem Programm vorstellen, wie moderne Großstadtpolitik für uns aussieht. Wir möchten Ihnen zeigen, wie sich die ersten grünen Schritte dieser Stadt ausgewirkt haben und wie wir uns die nächsten vorstellen.
Der Wahlkampf ist für uns eine gute Gelegenheit, die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt zum politischen Engagement aufzurufen. Für Hamburg! In der grünen Metropole an der Elbe bewusst zu leben und zu arbeiten, den Stadtstaat demokratischer und gerechter zu machen, seine Bildung, Wissenschaft und Kultur zu stärken und den kommenden Generationen eine Zukunft zu ermöglichen - daran und dafür werden wir arbeiten.
Auf den folgenden Seiten präsentieren wir Ihnen acht Jahre politischer Arbeit der GAL in Hamburg: Vier, die wir in der ersten rot-grünen Koalition mitgestaltet haben, und vier weitere, für die wir um Ihre Unterstützung bei der bevorstehenden Bürgerschaftswahl bitten.
Vieles wäre dazu zu sagen, viele Details zu erläutern und große Linien dafür zu entwerfen. Vieles ließe sich schreiben, was vielleicht nur wenige SpezialistInnen interessiert - und denen wäre es wahrscheinlich noch zu wenig.
Selbstverständlich können Sie diese Zusatzinformationen bei uns erhalten - Anruf genügt oder im Internet unter www.hamburg.gruene.de

# In Hamburg leben

## Hamburg ist spitze

Hamburg liegt im internationalen Vergleich der schönsten, attraktivsten und lebenswertesten Großstädte Europas ganz vorn. Unsere grüne Stadt an der Elbe kann sich sehen lassen: In einer kostbaren Kulturlandschaft gelegen, bietet sie ein hohes Maß an Lebensqualität. Mit dem Fall der Grenze zur DDR kam Hamburg nach 1989 aus einer ungünstigen Randlage heraus: Nicht nur die Skandinavier, sondern auch unsere Nachbarn in Ost- und Nordosteuropa kommen uns näher und sind leichter zu erreichen. Das ist zugleich Chance und Herausforderung für die Hamburger Politik.

## Grüne Großstadtpolitik

Grüne Großstadtpolitik will die Lebensqualität der Metropole bewahren und steigern, ohne ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu mindern. Unsere Stadtplanung setzt darauf, das Beieinander von Wohnen, Arbeiten und Leben bewusst auszugestalten. Die unterschiedlichen Gesichter der verschiedenen Stadtteile machen einen Reiz Hamburgs aus. Die GAL will die Stadt als Möglichkeit des Zusammenlebens ganz verschiedener Menschen und Kulturen stärken - das gilt besonders für Menschen, die als Flüchtlinge oder ArbeitsmigrantInnen zu uns gekommen sind. Die Lebendigkeit der Stadt hängt an der vielfältigen Mischung sozialer Funktionen und Lebensbereiche auf kleinem Raum. Uns ist wichtig, dass sich die BewohnerInnen an der Gestaltung ihres Viertels beteiligen können. Wir haben die BürgerInnen bei konkreten Planungen mit einbezogen: In Wilhelmsburg, bei der Zentrenentwicklung in Bergedorf und Harburg sowie wie bei der Erweiterung der Messe. Wir stehen dafür, dass diese demokratische Form der Stadtplanung auch in Zukunft stattfindet.
Der endlose Flächenfraß amerikanischer Großstädte ist für uns kein Vorbild, sondern ein ökologischer und sozialer Unsinn. Auch in Hamburg hat eine wachstumsbesessene, raumgreifende Stadtplanung in den letzten vierzig Jahren große Sünden hervorgebracht, unter denen viele Bewohner heute noch leiden. Natürlich gibt es Viertel, in denen die Grenzen der Nachverdichtung erreicht sind.

## Urbanes Leben

Grüne Politik zielt darauf, bestehende Wohnquartiere anziehender zu gestalten. Die GAL hat der Förderung von Stadtteilen mit besonderen Problemen durch die soziale Stadtteilentwicklung neue Impulse gegeben und begonnen, die ökologische Modernisierung der 50-60iger-Jahre-Siedlungen voranzutreiben. Die GAL leitete eine Trendwende in der Stadtentwicklung ein, die fortgesetzt werden muss. Die GAL ist eine überzeugte Großstadtpartei. Die Großstadt kann nicht allen ein grünes Idyll bieten und manche Menschen ziehen deshalb nach draußen. Das Wohnen dort wird jedoch meist mit langen Verkehrswegen, hohem Flächen- und Energieverbrauch und einer Zersiedelung des Umlands erkauft. Deshalb fördern wir besonders die Umwandlung von ehemaligen Industrie-, aufgegebenen Kasernen- und Krankenhausflächen zu neuen gemischt genutzten Wohn- und Arbeitsquartieren. Ein zentrales Projekt ist die HafenCity südlich der bestehenden Speicherstadt. Wir wollen, dass hier ein urbanes Viertel entsteht - mit Wohnungen, Promenaden, Büros, Kindertagesstätten und Geschäften. Ein lebendiges Stück Hamburg an der Elbe. Besonderes Gewicht legen wir auf die Entwicklung der Elbinsel Wilhelmsburg und Veddel. Sie liegen nahe bei der City, verbinden Hamburg und Harburg und bieten gute Bedingungen für neues Wohnen und neues Gewerbe.

## Neues Wohnen

Eine zeitgemäße Wohnungsbauförderung soll neue Qualitäten des Wohnens stärken. Gegen die Stadtflucht werden innerstädtische Wohnungen mit Platz für Kinder benötigt und neue Wohnformen und Baugemeinschaften, die ökologisches und nachbarschaftliches Zusammenleben ermöglichen. Hierfür müssen ausreichend Grundstücke bereitgestellt werden.

## Investoren verpflichten

Wir haben dafür gesorgt, dass künftig Gewinne, die Investoren aus Bodenwertsteigerungen erwirtschaften, dazu verwendet werden können, soziale Folgekosten des Projektes mitzufinanzieren. Wenn also ein Acker, ehemalige Kasernen oder Industriegelände in hochwertiges Bauland für Wohnungen oder Büros verwandelt werden, ist der Investor verpflichtet, sich an den Folgekosten für Kindergärten oder die Erschließung durch den ÖPNV zu beteiligen. Das ist sozial gerecht und führt zu durchmischten Vierteln mit einer besseren öffentlichen Infrastruktur.
Viele Hamburgerinnen und Hamburger haben längst den besonderen Wert des großstädtischen Lebens erkannt und ihre Lebensführung darauf abgestimmt. Die Metropole bietet Kultur und Kunst auf engem Raum, Abwechslung und Abenteuer, Bildung und Begegnung und Freiheit für verschiedene Lebensweisen.

Diese Freiheit ist auch immer diejenige des öffentlichen Raums. Und den wollen wir verteidigen - gegen seine Beschränkung durch kommerzielle Nutzung und Abschließung, gegen Verunreinigung und Verwahrlosung, aber auch und nicht zuletzt gegen seine Übernahme durch einen ungehemmten, ständig wachsenden Autoverkehr. Wir haben deshalb dafür gesorgt, dass das öffentliche Grün gegen solche konkurrierenden Ansprüche nicht nur verteidigt, sondern ausgeweitet wird. Es gibt inzwischen eine Grundsatzplanung für den zweiten grünen Ring, der in etwa acht bis zehn Kilometer Entfernung vom Rathaus auf 90 Kilometer Länge rund um Hamburg laufen wird. So werden Stück für Stück Hamburger Großparke, Kleingärten, Friedhöfe, Grünländereien verbunden, um zum Spazieren und Radeln einzuladen.

## Stadt der kurzen Wege

Unser Ideal ist die „Stadt der kurzen Wege“. Durch nachhaltige Stadtentwicklungspolitik werden lange Wege überflüssig.. Dementsprechend lautet auch das Grundprinzip unserer Verkehrspolitik für Hamburg: Es muss möglich sein, ohne Auto gut zu leben und sich sicher und komfortabel fortbewegen zu können. Die Alternativen zum Auto müssen so bequem und überzeugend sein, dass immer mehr Menschen im Alltag keines mehr brauchen. Das schafft ökologische Lebensqualität für alle.

## Die Stadtbahn kommt

Die Verkehrsplanung des Senats trägt dieser Einsicht inzwischen Rechnung. Nach zähem Ringen hat die GAL außerdem erreicht, dass die Straßenbahn nach Hamburg zurückkehrt - in Gestalt einer modernen, leisen und schnellen Stadtbahn ist sie dem Bus deutlich überlegen und näher am Fahrgast als U- und S-Bahnen. Der HVV bekommt im Städtevergleich sehr gute Noten, aber er kann und muss noch besser werden, und er muss sich weit ins Umland erstrecken, damit die Menschen von weither leicht mit Bus und Bahn nach Hamburg fahren können.

## Hamburg zu Fuß und per Rad

Zur grünen Verkehrspolitik gehört auch, die Situation für FußgängerInnen und RadfahrerInnen zu verbessern. Wer seine Stadt zu Fuß oder per Rad erschließt, erlebt sie mit anderen Augen: die Alternativen zum PKW-Verkehr sind ein Beitrag zur städtischen Kultur und Kommunikation. Hamburg ist eine ideale Stadt zum Radfahren. Wir halten es für erreichbar, den Radverkehrsanteil in den nächsten Jahren zu verdoppeln. Ein Netz aus Velorouten, an denen zum Teil schon gebaut wird, soll bequeme, klar ausgeschilderte Fahrradverbindungen durch die ganze Stadt schaffen. Noch einiges ist zu tun, um die vorhandenen Geh- und Radwege zu verbessern bzw. durch Fahrradstreifen auf der Fahrbahn den Fußgängern ihren ursprünglichen Platz wieder zurückzugeben. Geld für mehrere Fahrradstationen ist schon bereitgestellt.

## Sicher leben

Ein gutes Leben ist nicht vorstellbar ohne das Gefühl von Sicherheit - ohne Sicherheit kann es keine Freiheit geben. Eine einzige Straftat kann das Lebensglück eines Menschen zerstören. Nach 30 Jahren Frauenbewegung werden Frauen immer noch Opfer männlicher Gewalt. Wir wollen Frauen und Mädchen vor Gewalttaten und Menschenhandel schützen und Unterstützung anbieten. Die GAL hat in Hamburg aktiv daran mitgewirkt, Einrichtungen wie die Frauenhäuser weiter zu fördern und entsprechende Projekte zu initiieren, z.B. die Koordinierungsstelle gegen Frauenhandel (KOOFRA). Zudem wurde bundesweit einmalig in Hamburg ein Täter-Opfer-Ausgleich in Paarbeziehungen eingerichtet. Wir setzen uns dafür ein, dass das von der Bundesregierung verabschiedete Gewaltschutzgesetz in Hamburg konsequent umgesetzt wird.

## Ohne Angst aufwachsen

Die GAL will, dass Hamburgs Kinder ohne Angst vor Gewalt aufwachsen und dass besonders alle diejenigen, die leicht angreifbar oder wehrlos sind oder einer Minderheit angehören, sich öffentlich frei bewegen können. Das gilt auch für unsere älteren MitbürgerInnen. Wir nehmen die Ängste der Bevölkerung ernst und setzen auf eine möglichst wirksame, aber zugleich besonnene und realistische Innen- und Sicherheitspolitik.
Gewalt unter Jugendlichen müssen wir als Problem ernst nehmen. Gewaltdelikte sind keine Kleinigkeit. Wir haben dafür gesorgt, dass bei ihnen nicht mehr von einer Strafverfolgung abgesehen wird. Genauso wichtig sind die zeitnahe Bestrafung besonders bei jugendlichen Mehrfachtätern und ihre lückenlose Betreuung. Polizei, Justiz, Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie müssen zusammenarbeiten, ohne dabei ihre jeweiligen Kompetenzen zu überschreiten.

## Moderne Innenpolitik

Schon in der Opposition hat sich die GAL dafür eingesetzt, die Leistungsfähigkeit der Polizei bei der Gefahrenabwehr und der Strafverfolgung zu erhöhen - durch Aufgabenkritik, Entbürokratisierung und bessere Ausstattung. Die GAL hat immer gefordert, dass die Polizei sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentriert. Heute gilt die Hamburger Polizei als eine der modernsten in ganz Deutschland. Sie arbeitet mit den Sozial- und Bildungseinrichtungen zusammen und versteht sich als Partnerin in nachbarschaftlichen und Stadtteil-Angelegenheiten. Durch die „aufsuchende Polizeiarbeit“ nimmt Hamburgs Polizei z.B. unmittelbar nach der Tat Kontakt zu den Eltern straffälliger Jugendlicher auf. Zu einer modernen Sicherheitspolitik gehört eine breitenwirksame Aufklärungsarbeit, um möglichen Straftaten vorzubeugen und mögliche Opfer zu stärken sowie eine hohe Sensibilität für besondere Probleme von besonderen Bevölkerungsgruppen. Hierfür müssen PolizistInnen gut ausgebildet sein. Notwendig ist eine kritische BürgerInnenkontrolle der Polizei. Die Hamburger Polizeikommission ist eine bundesweit einmalige, unabhängige Beschwerdestelle, die auf das Betreiben der GAL hin zustande kam. Ihre Arbeit muss abgesichert und fortgesetzt werden. Wichtig ist, dass sich bei der Polizei möglichst ein Querschnitt der Hamburger Bevölkerung wiederfindet, in dem sich die Vielfalt der Kulturen abbildet.

## Liberalität und Augenmaß

Kriminalität darf nicht zum Vorwand genommen werden, die Freiheit der Einzelnen in Hamburg, das offene und tolerante Klima der Hansestadt in Frage zu stellen. Besonders in diesem Wahlkampf haben wir es mit Kräften zu tun, die aus der Angst vor Verbrechern politisches Kapital zu schlagen versuchen. Rasch zusammengezimmerte Wahl-Vereine, wie die rechtspopulistische Schill-Partei, betreiben ein übles Geschäft mit der Angst. Sie propagieren ihre Ziele mit Hilfe von Vorurteilen und Ängsten auf dem Rücken von Minderheiten oder Wehrlosen. Sie versprechen rasche Abhilfe gesellschaftlicher Probleme, die nicht Hamburg-typisch sind, durch gnadenlose Härte - obwohl sie genau wissen, dass dadurch Probleme nur verstärkt und neue geschaffen würden und dass für ihre Straf-Phantasien in unserem Rechtsstaat kein Raum ist.

Zum Glück, wie wir finden. Denn zu einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung brauchen wir nicht nur Gesetze mit Augenmaß und besonnene, gerechte Richter - Maßlosigkeit ist nie gerecht! -, sondern auch eine Strategie der zivilen Konfliktlösung.

## Aufgabenkritik bei Polizei und Justiz

Absolute Sicherheit vor Kriminalität und vor Straftätern gibt es nicht. Straftaten und Gewalt können langfristig eher durch die Verbesserung der sozialen und kulturellen Bedingungen als durch Bestrafung eingedämmt werden. Richtig ist aber ebenso, dass Menschen auch durch das Risiko, zur Rechenschaft gezogen zu werden, von Straftaten abgehalten werden. Es kommt also darauf an, dass Polizei und Justiz fähig sind, dieses Risiko durch eine schnelle und angemessene Reaktion deutlich zu machen. Die GAL erkennt an, dass Polizei und Justiz aufgrund der zur Sanierung des Haushalts erforderlichen Einsparungen die Grenzen ihrer Belastbarkeit erreicht haben. Wir sind überzeugt davon, dass nicht eine personelle und rechtliche Aufrüstung, sondern ein tabufreies Nachdenken über Schwerpunkte, Sinn und Wirkung polizeilich-justizieller Maßnahmen erforderlich ist.

Wohlverstandene bürgerliche Selbsthilfe entlässt den Staat nicht aus seiner Verantwortung. Vandalismus, Verunreinigung und Lärm können den Lebenswert eines Viertels mindern.

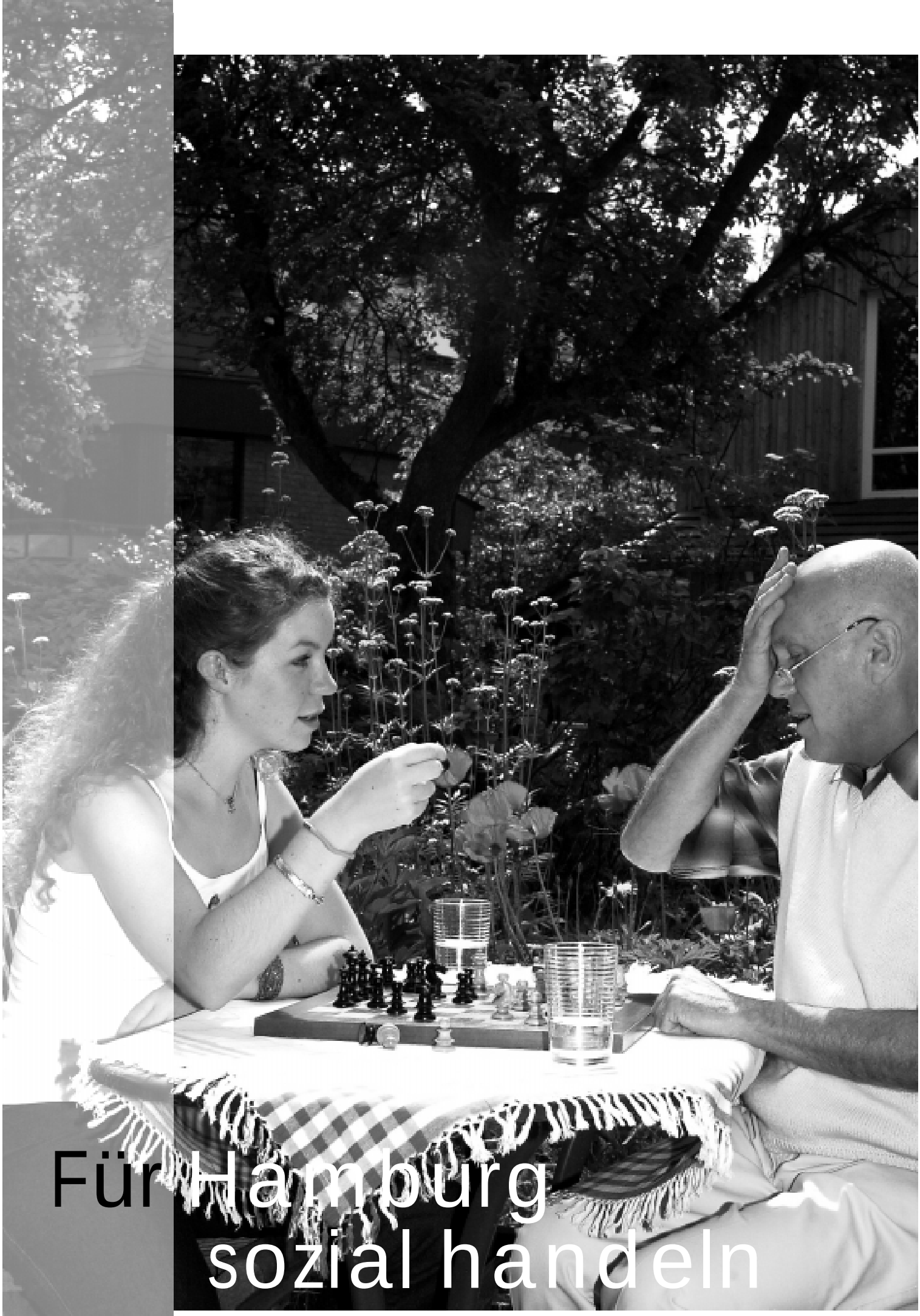
Die GAL redet die Probleme der Großstadt nicht schön. Aber der vorschnelle Ruf nach der Polizei ist oft nur ein bequemer Ersatz für wirkliches Engagement in einem Gemeinwesen. In einem freiheitlichen Rechtsstaat kann die Polizei nicht immer und überall den Ausputzer spielen. Es soll auch nicht an jeder Straßenecke ein Schutzmann stehen.

## Deine Nachbarn, Dein Stadtteil

Wir wollen die selbstbewusste Bürgerin, den selbstbewussten Bürger, die die Sicherheit und den Zustand ihres Viertels zu ihrer eigenen Angelegenheit machen. Dazu trägt die Schule bei, wenn sie die Kinder zu Solidarität, Toleranz, Hilfsbereitschaft und zum Interesse am Gemeinwesen erzieht. Dazu trägt die Nachbarschaft bei, wenn sie nicht schweigend nebeneinander her lebt und wegguckt, sondern sich kümmert und einmischt. Dazu trägt aktives persönliches Eingreifen bei, wo Unrecht begangen wird oder Menschen gedemütigt werden. Dazu tragen die von der GAL initiierten Sicherheitskonferenzen in den Stadtteilen bei, auf denen sich die an Konflikten Beteiligten von Fall zu Fall an einen Tisch setzen (wie bisher in Altona und Harburg).

## Resozialisierungschancen

Durch den Täter-Opfer-Ausgleich wird der Täter unmittelbar mit seinem Opfer und den Folgen seiner Tat konfrontiert. Für Gefangene sind Ausbildungsangebote notwendig, Haft allein treibt oft in die Resignation. Deshalb setzt sich die GAL für Arbeitsmöglichkeiten, eine gute medizinische Versorgung und eine wirksame Entlassenenhilfe ein. Zu einer zuverlässigen Rund-um-die-Uhr-Aufsicht gehören allerdings auch eine ausreichende personelle Ausstattung und ein geschultes Personal.



# Für Hamburg sozial handeln

## Arbeit für alle

Der Begriff „Arbeit“ hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt: „Normalarbeitsverhältnisse“ setzen sich mit zunehmender Tendenz zusammen aus Teilzeitarbeit, Phasen der Erwerbslosigkeit, Sabbatjahren, Weiterbildungsphasen und Kindererziehungszeiten. Für viele Menschen erzeugt diese Entwicklung Unsicherheit, andere sehen sie eher als Chance für die eigene Persönlichkeitsentfaltung, wieder andere haben einen Zugang zu dieser neuen Arbeitswelt noch nicht gefunden. Der GAL geht es darum, allen Menschen die Teilhabe am Arbeitsleben zu ermöglichen, ihnen die Unsicherheiten zu nehmen, Übergänge zu schaffen und neue Perspektiven zu eröffnen - unser politisches Handeln hat ein existenzsicherndes Einkommen für alle zum Ziel: Wer um die eigene Existenz fürchten muss, kann sich und die eigenen Potentiale nicht entfalten. Deshalb setzt die GAL auf eine emanzipatorische Sozialpolitik, die Menschen nicht entmündigt, sondern sie dabei unterstützt, aktiv auf ihre eigenen Kräfte zu bauen oder ihnen hilft, eigene Stärken zu entwickeln. Eine Sozialpolitik, die auf Bevormundung und Druck statt auf Eigenverantwortung, Motivation und positive Anreize setzt, widerspricht unserem Menschenbild: Wir setzen auf die Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger.
Für die GAL steht im Vordergrund, Anreize zu schaffen und die Menschen zu ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen und langfristig aus der Sozialhilfe-Abhängigkeit heraus zu kommen. Sozialämter und Arbeitsamt müssen daher enger zusammenarbeiten. Die GAL will, dass „Soziale BürgerInnenämter“ alle wichtigen sozialen Dienstleistungen am Wohnort anbieten. Im Sozialen BürgerInnenamt sollen soziale Dienstleistungen von der Sozialhilfe über Wohngeld und Jugendhilfe bis zur Hilfe beim Wiedereinstieg in das Berufsleben aus „einer Hand“ geleistet werden.

## Gut beraten

Wir wollen die Eigenverantwortung der Menschen dadurch stärken, dass wir die Verfahren vereinfachen und die sogenannten „Einmaligen Leistungen“ weitgehend durch eine bedarfsgerechte Pauschale ersetzen - es ist entwürdigend, wenn Eltern bei der Einschulung ihres Kindes den Kauf eines Schulranzens extra beantragen müssen. Menschen, die auf die sozialen Hilfesysteme angewiesen sind, sind keine Bittsteller. Wir wollen Beratungsqualität und Transparenz erhöhen und die Dienstleistungsorientierung der Ämter stärken.

## Obdachlosigkeit verhindern

Zu den schlimmsten Auswirkungen von Armut gehört der Verlust der eigenen Wohnung. Sie stellt nicht nur materielle Sicherheit dar, sondern sie bedeutet auch soziale Einbindung in Familie, Nachbarschaft und Freundeskreis. Der Verlust der eigenen Wohnung ist häufig ein Grund für den sozialen Abstieg. Menschen, die von Wohnungslosigkeit betroffen oder bedroht sind, müssen so früh wie möglich umfassende Hilfen angeboten werden. Die GAL strebt daher eine Umstrukturierung der Hilfe für Wohnungslose an.

## Barrierefreie Stadt

„Es ist normal, verschieden zu sein!“ Grundlage emanzipatorischer Sozialpolitik ist das Selbstbestimmungsrecht aller Menschen - deshalb setzen wir uns für ein Antidiskriminierungsgesetz ein. Ziel grüner Behindertenpolitik ist die selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Behinderte Menschen benötigen hierzu Assistenz, die im erforderlichen Umfang zur Verfügung stehen muss. Damit sich Menschen mit Behinderungen möglichst selbstständig und ohne fremde Hilfe in der Stadt bewegen können, arbeitet die GAL intensiv daran, den öffentlichen Raum barrierefrei zu gestalten. Dazu gehört, die Gebärdensprache als vollwertige und eigenständige Sprache und die Gemeinschaft der Gehörlosen als sprachliche Minderheit mit eigener Kultur anzuerkennen. Fast 40% der behinderten HamburgerInnen, die in Heimen leben, sind außerhalb Hamburgs untergebracht. Diese Menschen wollen wir zurück in die Stadt holen - möglichst in eigene Wohnungen - und damit auch die Arbeitsplätze der helfenden Berufe. Pflegebedürftige haben einen Anspruch auf Unterstützung und Betreuung, die es ihnen ermöglicht, soziale Kontakte zu halten, neue zu knüpfen und am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben. Auch für Schwerstpflegebedürftige und Sterbende gilt: Die Menschenwürde ist unantastbar!

## Aktiv auch im Alter

Der Anteil der älteren Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung steigt stetig. Die GAL betrachtet dieses als große Herausforderung: Politik für alte Menschen darf sich nicht darauf beschränken, genügend Altentagesstätten und Pflegeeinrichtungen vorzuhalten - wir haben es zum großen Teil mit einer sehr aktiven und mitten im Leben stehenden Generation zu tun, die sich nicht aufs Abstellgleis schieben lässt. Alte wollen sich weiterbilden oder Neues lernen, ihre Erfahrungen weitergeben oder ihre Zeit und Kraft in den Dienst des Gemeinwohls stellen und sie wollen ihre neu gewonnene Zeit für aktive Freizeitgestaltung nutzen. Alte Menschen haben Anspruch auf Hilfe und Pflege, die sie so selbstständig wie möglich in ihrem vertrauten Umfeld leben lässt. Alte Menschen aus der ersten Einwanderergeneration brauchen Angebote, die ihre spezifischen Bedürfnisse berücksichtigen.

## Hauptsache Gesundheit

Grüne Gesundheitspolitik sieht eine wichtige Aufgabe darin, die negativen Folgen von Armut auf die Gesundheit zu untersuchen und zu bekämpfen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss Programme entwickeln, um gezielt die körperliche und seelische Gesundheit benachteiligter Menschen zu fördern. Dennoch gilt für die GAL: Nicht alles, was machbar ist, sollte auch gemacht werden! Die ambulante und stationäre Versorgung sind zu verzahnen. So können den PatientInnen belastende Doppeluntersuchungen erspart werden, die unnötig Geld kosten. Ein solidarisches Gesundheitssystem muss allen Kranken eine Behandlung auf dem Stand der Wissenschaft ermöglichen und eine Zwei-Klassen-Medizin ausschließen. So profitieren HIV-Infizierte von der neuen, teuren Kombitherapie, genauso wichtig ist aber weiterhin eine intensive Aufklärung zum Beispiel über Safer Sex für die Hauptrisikogruppen. Die GAL setzt sich für die Stärkung der Rechte von PatientInnen ein - mündige PatientInnen brauchen Information, um ihre Interessen wahrnehmen und Entscheidungen treffen zu können. In St. Pauli hat die GAL auf dem Gelände des ehemaligen Hafenkrankenhauses die Schaffung eines modernen Sozial- und Gesundheitszentrums ermöglicht.

## Abhängigkeit vermeiden

Auch in der Drogenpolitik lassen wir uns vom Ansatz emanzipatorischer Sozial- und Gesundheitspolitik leiten. In jeder Gesellschaft werden legale und illegale Drogen konsumiert. Es hilft niemandem, die Augen davor zu verschließen - im Gegenteil: Nur wer hinschaut, kann helfen, Probleme zu lösen und Abhängigen zu helfen. Hauptaufgabe der Drogenpolitik muss sein, durch Aufklärung und gezielte Prävention Abhängigkeit gar nicht erst entstehen zu lassen. Die Risiken des Konsums müssen so gering wie möglich sein und Süchtige und Nichtsüchtige sollen so verträglich wie möglich in der Stadt zusammenleben.

## Cool bleiben

Die Hysterie, die angesichts des weitverbreiteten Gebrauchs von Cannabis in unserer Gesellschaft herrscht, ist völlig unangemessen. Jugendliche machen ihre ersten Erfahrungen mit legalen Drogen, wie Tabak, Alkohol und Medikamenten. Das Ausmaß der gesellschaftlichen Schäden dieser Suchtmittel ist weitaus größer als die mancher Illegalisierten. Die Fähigkeit zu einem möglichst risikobewussten Umgang mit allen Drogen ist zu vermitteln. Dies gilt auch in Bezug auf sogenannte „nicht Stoff gebundene Suchtformen“ wie etwa das Glücksspiel.

## Drogenkranke brauchen Hilfe

Die Sozial- und Bildungspolitik ist gefordert, junge Menschen in ihrer Entwicklung zu selbstbewussten Individuen ernst zu nehmen, sie dabei zu unterstützen und ihnen Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Kriminalisierung - insbesondere von jungen Menschen - ist dagegen der Beginn von gesellschaftlicher Ausgrenzung und Verelendung. Die GAL tritt daher für die Entkriminalisierung des Drogenkonsums und die Freigabe von Cannabis ein. Drogenkonsum und Abhängigkeit aus dem Blickfeld der Gesellschaft zu entfernen, heißt, Probleme zu verlagern, nicht aber sie zu lösen. Abhängige, die sich selbst nicht mehr helfen können, brauchen unsere Unterstützung. Hierfür bedarf es ausreichender und vielschichtiger Hilfsangebote, die da errichtet werden müssen, wo sie die KonsumentInnen erreichen.
Die GAL unterstützt die Fortführung des Methadon-Programms sowie die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe, deren Umsetzung die Grünen auf Bundesebene maßgeblich mit ermöglicht haben. Methadon-Abgabe, Heroin-Behandlung, Drogenkonsumräume, psychosoziale Betreuung und Suchtakupunktur ermöglichen eine gesundheitliche und soziale Stabilisierung der Abhängigen. Diese Maßnahmen verringern Beschaffungskriminalität und -prostitution. Dringender Handlungsbedarf zur Entwicklung spezifischer Angebote besteht in Bezug auf die Crack-Szene. Hier müssen angemessene Mittel für die Suchtforschung bereitgestellt werden, deren Ergebnisse in die Politik einfließen. Gute Drogenpolitik verlangt einen intensiven und regelmäßigen Austausch zwischen Politik, Drogenhilfeträgern und Forschung. Die Schwerpunktsetzung der vier Säulen der Drogenpolitik „Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression“ muss zu Gunsten von Prävention und Hilfe verlagert werden. Kriminalisierung und Verfolgung von KonsumentInnen kann die offene Drogenszene nicht auflösen.

## Ehrenamt aufwerten

Viele Menschen in unserer Stadt tragen durch ihr Engagement dazu bei, dass Hamburg lebens- und liebenswürdiger wird - ohne die ehrenamtliche Arbeit vieler Aktiver in unserer Stadt würde das Gemeinwesen zusammenbrechen. Ehrenämter werden überwiegend von denjenigen ausgeübt, die es sich leisten können, sprich: finanziell abgesichert sind. Für die GAL ist die Förderung und Aufwertung ehrenamtlicher Tätigkeiten kein Lippenbekenntnis. Wir wollen einen Fonds einrichten, aus dem in Gebieten der Sozialen Stadtteilentwicklung Aufwandsentschädigungen für bürgerschaftliches Engagement gezahlt werden können - aus diesem Fonds sollen Maßnahmen finanziert werden, die der aktiven Mitwirkung von Hamburgerinnen und Hamburgern dienen.

## Demokratie lebt vom Engagement

Ehrenamtliche Tätigkeiten verdienen Aufwertung und mehr Anerkennung - auch als Qualifikationsmerkmal für die Bewerbung um einen Arbeits- oder Studienplatz. Die Förderung des Ehrenamtes muss dazu führen, dass die immer noch klassische Rollenverteilung - Frauen für die Familienarbeit und soziale Dienstleistungen, Männer für die Karriere - aufgehoben wird. Es ist eine große demokratische Herausforderung, endlich auch mehr Männer für die aktive Übernahme sozialer Verantwortung zu gewinnen.

Eine Demokratie lebt davon, dass viele Mitglieder einer Gesellschaft sich aktiv an ihrer Gestaltung beteiligen - Demokratie ist kein Zustand, sondern ein Prozess! Gerade die zunehmende rechtsradikale Gewalt und die menschenverachtende Diskriminierung von Minderheiten muss uns mehr als eine Warnung sein: Wir müssen unsere Demokratie verteidigen und an ihr arbeiten! In der ersten rot-grünen Wahlperiode hat die GAL dafür gesorgt, dass die Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide so weit gesenkt werden konnten, dass eine demokratische Teilhabe der BürgerInnen an Regierungsentscheidungen auch außerhalb von Wahlen realistisch wird - WegbereiterInnen dieser Entscheidung aber waren die Menschen in unserer Stadt selbst.

## BürgerInnen beteiligen

Unsere Demokratie lebt davon, dass die Bevölkerung auch jenseits von Wahlen und Volksentscheiden aktiv in Entscheidungsprozesse eingebunden wird. Die Beteiligungsverfahren im Rahmen der Sozialen Stadtteilentwicklung haben viel dazu beigetragen, dass die Menschen sich mit ihrem Stadtteil identifizieren können und die konkreten Maßnahmen nicht an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei gehen - diesen Weg wollen wir fortsetzen und ausbauen.

## EinwanderInnen aktiv einbeziehen

EinwanderInnen ohne deutschen Pass haben bisher keine Möglichkeit, an der Gestaltung Hamburger Politik mitzuwirken, obwohl sie doch vielfach ihren Lebensmittelpunkt in unserer Stadt haben - sie besitzen nur eingeschränkte demokratische Rechte. Sie müssen die Möglichkeit erhalten, die Stadt, in der sie leben, mitzugestalten. Wir werden verstärkt dafür werben, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen - wer Rechte hat, kann wählen, wer wählen kann, bestimmt mit. Dazu trägt die neue AusländerInnenbeauftrage mit ihrer Einbürgerungskampagne bei. Für Menschen ohne deutschen Pass wollen wir erreichen, dass sie mitreden, mitmachen und mitbestimmen können. Wir alle müssen darauf achten, dass EinwanderInnen bei der Besetzung von Stadtteilbeiräten, Beratungsgremien, Elternräten u.ä. berücksichtigt und zur Teilnahme ermutigt werden. Wir müssen sie ansprechen, über ihre Mitwirkungsmöglichkeiten informieren und ihnen das Gefühl geben, erwünscht zu sein. Hamburg braucht neue Strukturen, um das kommende Einwanderungsgesetz und die EU-Richtlinien gegen Diskriminierung auf Länderebene behördenübergreifend umzusetzen.

In der vergangenen Wahlperiode sind wichtige Schritte unternommen worden, Hamburg stärker zu demokratisieren und die Mitwirkungsmöglichkeiten der Bevölkerung zu verbessern. Die neuen Regeln zur Volksabstimmung, die Reform des Naturschutzgesetzes, die begonnene Umgestaltung der Ausländerbehörde, die Umgestaltung von Einwohnermeldeämtern zu Kundenzentren und die transparente und kundInnenfreundliche Präsentation der Hamburger Öffentlichen Verwaltung im Internet sind Beispiele dafür. Wer gut informiert ist und um die eigenen Rechte weiß, kann sie besser wahrnehmen und sich stärker an der Gestaltung der Stadt beteiligen.

Das möchten wir ausbauen. Wir wollen den Prozess der Verwaltungsmodernisierung im Hinblick auf Transparenz und KundInnen-Orientierung fortsetzen - unser besonderes Augenmerk gilt dabei der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an allen gesellschaftlichen Bereichen durch die Kombination von Frauenförderung und „gender mainstreaming“ (=> Kasten): Wir haben kein Frauenproblem, sondern ein Demokratiedefizit, wenn Frauen trotz besserer Bildungsabschlüsse und Qualifikationen mit ihrem Wunsch nach Vereinbarkeit von Kindern und Karriere an männlich geprägten Strukturen scheitern.

## „Neue Medien“

Die „neuen Medien“ werden auch in Hamburg die klassischen Informations- und Kommunikationsstrukturen und deren gesellschaftliche Nutzung weiter verändern. Wir wollen die vielfältige Rundfunk- und Printlandschaft in Hamburg sichern. Dabei sollte auch in Zukunft Platz sein für nicht-kommerzielle und BürgerInnenfunkangebote.

## Internet als Chance

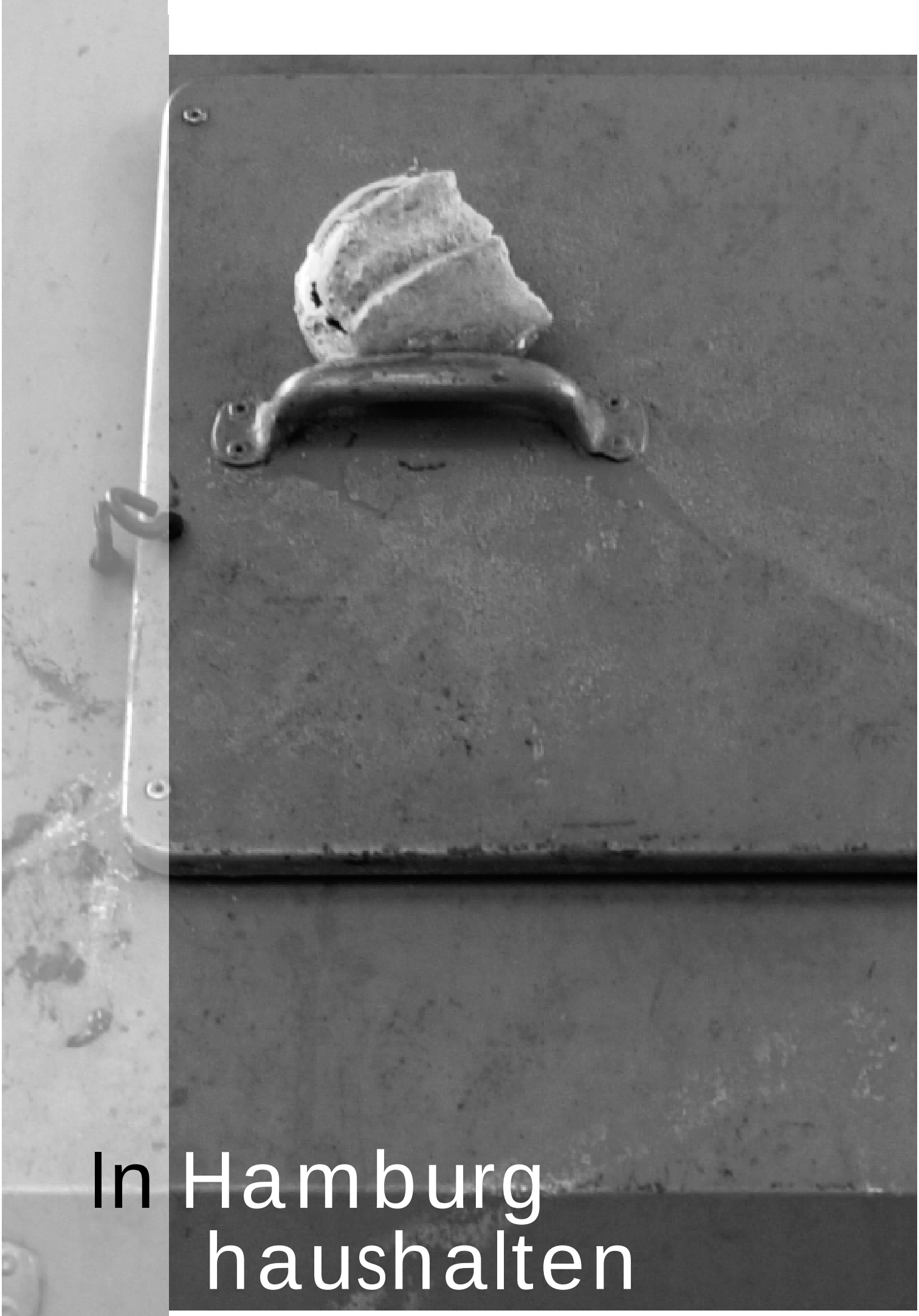
Das städtische Internetportal www.hamburg.de wollen wir ausbauen. Das Internet bietet vielfältige Möglichkeiten und Chancen, Menschen zur Mitbestimmung einzuladen, sich zu informieren und eigene Ideen zu entwickeln. Besonders in Hamburgs Justiz gibt es hier noch Nachholbedarf - sie muss den Aktenstaub abschütteln und sich eine zeitgemäße Organisation zulegen. Dazu gehört die flächendekkende Einführung moderner Kommunikationstechnologien, die Verwaltungsabläufe beschleunigen und den Bürgerinnen und Bürgern den direkten Kontakt mit den Behörden erleichtern. Wir wollen erreichen, dass dafür geeignete Verwaltungsangelegenheiten- insbesondere Meldeangelegenheiten, Kfz-Ummeldungen, Anträge verschiedenster Art - in Zukunft soweit wie möglich ohne Behördengang am Computer erledigt werden können. Der digitalen Signatur kommt hier eine besondere Bedeutung zu.

## Gläserner Staat

Die GAL ist für den „gläsernen Staat“. Bisher sind Verwaltungsakten in der Regel geheim. Wir wollen deshalb auch in Hamburg ein allgemeines Recht auf freien Zugang zu Informationen der Verwaltung einführen, das die Belange des Datenschutzes berücksichtigt.
Ein großer Teil der Bevölkerung ist noch immer ausgeschlossen von den Möglichkeiten, die das Internet bietet: Der typische Internet-Benutzer ist bisher männlich, deutsch, berufstätig und unter 40. Eine digitale Spaltung der Gesellschaft aber werden wir nicht hinnehmen - wir werden verstärkt darauf hinarbeiten, dass alle Menschen den Anschluss an das weltweite Netz finden können. Die flächendekkende Einführung moderner Kommunikationstechnologien hat für uns Priorität, wir unterstützen den Einsatz von Open Source Software.

## Datenschutz ist Schutz der Persönlichkeit

Die Verfügbarkeit von Informationen zu jeder Zeit und an jedem Ort birgt jedoch nicht nur Chancen, sondern auch Gefahren: Dem Datenschutz und damit dem Schutz der Persönlichkeit kommt eine wachsende Bedeutung zu. Der Hamburgische Datenschutzbeauftragte hat immer wieder Mängel beim Umgang mit persönlichen Daten aufgedeckt, u.a. in der Ausländerbehörde. Wir treten dafür ein, dass seine Dienststelle - den gestiegenen Anforderungen entsprechend - zu einem Datenschutz-Kompetenzzentrum weiterentwickelt wird, das nicht nur die Einhaltung von Bestimmungen überwacht, sondern verstärkt die Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Verwaltungen in Datenschutzfragen berät und auf diese Weise dazu beiträgt, dass Datenschutzmängel gar nicht erst entstehen.



# In Hamburg haushalten

## Nachhaltigkeit

Zum Thema Nachhaltigkeit haben wir in diesem Programm einen Satz geschrieben, den wir der Haushaltspolitik der GAL voranstellen möchten:
„Wir erhalten unsere Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen.“ Deshalb hat die GAL 1997 mit der SPD vereinbart, dass wir das stetige Anwachsen des Schuldenberges bremsen müssen. Das sollte in mehreren Schritten geschehen. Als erstes hat sich die rot-grüne Koalition den Betriebshaushalt vorgenommen. Durch eine klare und gerechte Ausgabenbeschränkung wollten wir nur noch so viel für den „laufenden Betrieb“ ausgeben, wie wir auch einnehmen. Das haben wir schneller als erwartet geschafft, nämlich schon 1999.
Die GAL hat damit in den vergangenen vier Jahren bewiesen, dass sie die Nachhaltigkeit nicht nur im Bereich des Umweltschutzes, sondern auch im Bereich der Haushaltspolitik durchzusetzen versteht.

## Neuverschuldung drosseln

In einem nächsten Schritt muss es nun gelingen, die Neuverschuldung zu drosseln. Hamburg schiebt einen Schuldenberg von über 33 Milliarden DM vor sich her. Die Stadt ist längst an einem Punkt angekommen, an dem allein die Zinsbelastung von fast 2 Milliarden DM pro Jahr (Gesamthaushalt 18 Milliarden DM) die Politikfähigkeit gefährdet. Die GAL steht für eine Politik, die nachfolgenden Generationen politische Handlungsspielräume erhalten will. Und deshalb werden wir auch künftig keine sorglose Ausgabenpolitik betreiben. Wir haben uns vorgenommen, die jährliche Kreditaufnahme für Investitionen bis 2004 zu halbieren. Damit haben wir in diesem Jahr angefangen: 200 Millionen Mark wird Hamburg sich 2001 weniger leihen müssen als im Jahr zuvor.
Wie es in Hamburgs Kassen aussieht, hängt entscheidend von der Finanzpolitik des Bundes ab. Und von dort haben wir endlich Rückenwind. Zum Beispiel durch die Steuerreform. Einerseits hat sie die Steuersätze für geringer Verdienende und kleine Unternehmen gesenkt, andererseits Steuerschlupflöcher gestopft. Und die Hamburgerinnen und Hamburger tragen mit dem Geld, dass sie jetzt monatlich mehr in der Tasche haben, zu einer wirtschaftlichen Belebung in der Stadt bei, die durch andere politische Maßnahmen kaum oder gar nicht zu erreichen wäre.

## Steuerentlastung

Die Steuerentlastung für die Bürgerinnen und Bürger bedeutet auf der anderen Seite geringere Steuereinnahmen in Hamburgs Kassen. Auch dies verpflichtet unsere Politik zur verantwortungsvollen Haushaltsführung. Dafür muss die Verwaltung effizienter und weiterhin moderner werden.
Wir wollen den Weg der Haushaltskonsolidierung und der soliden Finanzierung Hamburger Politik weiter gehen und unsere Ziele gegen Begehrlichkeiten anderer Bundesländer und des Bundes verteidigen. Bei der Neuordnung des Länderfinanzausgleiches richten wir den Blick auf Hamburgs Interessen: Hamburg als Zahlerland steht zu seinen solidarischen Pflichten gegenüber den finanzschwächeren Ländern. Die Stadt bietet aber z.B. im Bereich Ausbildung und Wissenschaft, im Verkehrssektor und auf kulturellem Gebiet den Bewohnerinnen und Bewohnern anderer Bundesländer vielfältige Leistungen. Die GAL setzt sich für einen neuen Finanzausgleich ein, der diese wichtigen Metropolfunktionen der Stadtstaaten berücksichtigt. Föderalismus ist schließlich die Kunst des Zusammenlebens von „Großen“ und „Kleinen“.

## Die Zukunft

Mit Blick in die Zukunft streitet die GAL dafür, dass wichtige und zukunftsträchtige Aufgaben bei der Mittelverteilung Priorität bekommen - in der Gestaltung einer solidarischen Stadt, im Bereich Wissen und Bildung und nicht zuletzt im Umweltschutz. Denn letztlich ist es in einer Stadt auch nicht anders als im privaten Leben: Nur wer weiß, wofür gespart wird, kann sich auf das freuen, was vom Ersparten alles möglich ist.

# In Hamburg aufwachsen

## Kinder brauchen Liebe

Kinder haben ein Recht auf Versorgung, Gesundheit und eine gewaltfreie Erziehung. Sie brauchen liebevolle Betreuung, Raum zum Spielen, Erwachsene, die Zeit für sie haben, eine gesunde Umgebung. Diese Perspektive von Kindern beziehen wir in die politische Planung mit ein. Wir wollen die Bedingungen für das Aufwachsen in Hamburg weiter verbessern und Eltern bei der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder unterstützen.

## Kinder haben Rechte

Die Bundesrepublik Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention nur mit einem Vorbehalt ratifiziert, weil sie auf der Einschränkung von Kinderrechten im deutschen Ausländerrecht beharrt. So will sie z.B. nicht anerkennen, dass minderjährige Flüchtlinge über 16 Jahren nicht nach Erwachsenen-Maßstäben behandelt werden dürfen. Sowohl bei der SPD auf Bundesebene als auch in Hamburg beißt die GAL bisher auf Granit mit der Forderung, allen Kindern die ihnen zustehenden Rechte zu gewähren. Wir werden auch in der kommenden Wahlperiode darum kämpfen, die SPD zum Umlenken zu bewegen. Erfreulicherweise aber haben durch die rot-grüne Bundesregierung - gegen den Willen der CDU/CSU - Kinder nun endlich auch gesetzlich verbrieft ein Recht auf gewaltfreie Erziehung erhalten. Aber nur, wer um die eigenen Rechte weiß, kann sie wahrnehmen. Deshalb wollen wir alle pädagogischen Einrichtungen motivieren, Kinder und Eltern über dieses Recht zu informieren und Kinder bei der Wahrnehmung ihrer Rechte zu unterstützen.

## Kinder brauchen Zeit

Kinder brauchen Zeit und Zuwendung von Erwachsenen. Deshalb setzen wir uns ein für individuelle Arbeitszeitgestaltung, Freistellungszeiten für Kindererziehung für Männer und Frauen und für Teilzeitarbeitsplätze auch in leitenden Funktionen. Männer und Frauen sollen sich für eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit oder Elternurlaub entscheiden können, ohne Nachteile davon zu haben. Das Erziehungsurlaubsgesetz der rot-grünen Bundesregierung bietet dazu eine wesentliche Verbesserung. Eltern sollen sich für eine Kinderbetreuung entscheiden können, die den Bedürfnissen von Kindern und Eltern entspricht. Berufstätigkeit und Kindererziehung muss für Eltern vereinbar sein.

## Eltern sollen wählen können

Deshalb wollen wir Kindertagesstätten materiell und personell in die Lage versetzen, gute pädagogische Betreuung und bedarfsgerechte Öffnungszeiten anzubieten. Die Kita-Card soll den Eltern die Möglichkeit geben, frei zwischen den Einrichtungen verschiedener Träger zu wählen. Damit wollen wir die Einflussmöglichkeiten der Eltern auf die Betreuungsangebote für ihre Kinder stärken. Die Kindertagesstätten können sich durch unterschiedliche pädagogische Angebote wie z.B. Förderung von Zweisprachigkeit ein eigenes Profil geben, das den Wünschen der Eltern ihres Quartiers entspricht.

## Kita-Angebote verbessern

Unser langfristiges Ziel ist es, allen Kindern einen Platz in einer Kindertagesstätte zu garantieren. Damit wollen wir sicherstellen, dass alle Kinder in Hamburg verlässlich betreut werden. Der Besuch einer Kindertagesstätte ist für die Entwicklung aller Kinder von großer Bedeutung und leistet einen wesentlichen Beitrag zu guten Startchancen in das Leben. Für behinderte Kinder beginnt die Integration im Kindergarten, wo Kinder ganz natürlich lernen, mit ihren Verschiedenheiten umzugehen und wo alle Kinder die Förderung erhalten, die sie für ihre Entwicklung benötigen. Nur durch ein überzeugendes und qualitativ hochwertiges Angebot an Kindertagesbetreuung können wir Eltern dafür gewinnen, ihre Kinder einer Kindertagesstätte anzuvertrauen - dafür arbeiten wir. Wir setzen uns für einen Rechtsanspruch auf bedarfsgerechte Betreuung über vier Stunden hinaus ein, damit Eltern (Teilzeit-)Arbeit und Kindererziehung miteinander vereinbaren und besser aufeinander abstimmen können. Darüber hinaus wollen wir Kindertagesstätten und Vorschulerziehung besser integrieren. Kindertagesstätten sollen sich durch das Angebot guter Vorschulerziehung profilieren können. Kinder, die die Vorschule besuchen, sollen die Möglichkeit haben, anschließend eine Tagesstätte aufsuchen zu können.

## Kinderarmut beseitigen

Kinder brauchen Sicherheit - dazu gehört auch eine finanzielle Absicherung. Das Problem der Kinderarmut aber ist in Hamburg allein nicht zu lösen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Hamburg auf ein Bundesgesetz zur finanziellen Grundsicherung von Kindern drängt.
Bei sozialen Problemen wollen wir in der Kinder- und Jugendhilfe vorrangig die präventive Arbeit stärken. Jugendverbands- und Sozialarbeit wollen wir besser finanzieren. Gute Betreuung kann eingreifen, bevor es zu Fehlverhalten kommt. Angebote verschiedener Träger sollen frühzeitig AnsprechpartnerInnen für Kinder bieten und miteinander kooperieren. Spezielle Angebote für Mädchen und Jungen wollen wir weiterhin unterstützen.

## Kinder vor Gewalt schützen

Kinder brauchen eine angstfreie Umgebung. Sie müssen vor Misshandlung und anderen Formen der Gewalt durch Erwachsene oder andere Kinder geschützt werden. Deshalb wollen wir stadtteilbezogene Familienhilfezentren einrichten. In ihnen sollen Eltern Erziehungshilfe und Kinder Unterstützung bei Problemen finden. Wir fördern außerdem vorbeugende Projekte gegen Gewalt, um Kinder selbst in die Lage zu versetzen, Konflikte friedlich zu lösen. In den letzten Jahren sind in vielen Schulen und Kindertagesstätten Kinder und Jugendliche zu StreitschlichterInnen ausgebildet worden. Die Erfahrungen damit ermutigen uns, dies noch auszuweiten. In der Aus- und Weiterbildung von PädagogInnen muss dieses Thema eine zentrale Rolle spielen.

## Kinder brauchen Vorsorge

Wir wollen für alle Kinder eine lückenlose Gesundheitsvorsorge bis zum 18. Lebensjahr sicherstellen. Besonderes Schwergewicht soll auf der Prävention von Krankheiten und gesundheitlichen wie psychischen Einschränkungen liegen. Ausreichende Bewegung und gesunde Ernährung müssen für alle Kinder eine Selbstverständlichkeit werden. Ein positives Verhältnis zum eigenen Körper zu schaffen ist eine wichtige Erziehungsaufgabe. Dabei wollen wir die Eltern unterstützen und die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Eltern verbessern. In Respekt vor dem „Anderssein“ lehnen wir vorgeburtliche Selektion kranker und behinderter Kinder ab und setzen uns stattdessen dafür ein, dass Eltern mehr Unterstützung bei der Betreuung ihres behinderten Kindes erfahren.

## Kinder brauchen Platz

Es ist wichtig, die Bedürfnisse von Kindern bei der Stadtentwicklung zu berücksichtigen. Wir wollen die Beteiligung von Kindern bei der Planung ihrer eigenen Umgebung ausweiten. Kinder kennen ihre Bedürfnisse und können ihre Wünsche artikulieren, wenn man sie dazu ermutigt. In den letzten Jahren sind mehrfach Vorschläge von Kindern bei der Planung von Grünflächen und Spielplätzen in die Tat umgesetzt worden.

## Kinder brauchen sichere Straßen

Kinder müssen sich im Großstadtverkehr sicher bewegen können. Wir wollen dafür sorgen, dass ihre Wege zur Schule oder zu Spiel- und Bolzplätzen sicherer werden. In der Verkehrsplanung haben wir in einzelnen Projekten Kinder beteiligt. Die Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Kindertagesstätten und Schulen ist dabei eine wichtige Grundlage.

## Kinder brauchen Grenzen

Um soziales Verhalten entwickeln zu können, sind Kinder auf Erwachsene angewiesen, die ihnen immer wieder Orientierung geben. Sie fordern das ein und fühlen sich vernachlässigt, wenn sie keine Grenzen spüren. Die Gesellschaft zeigt ihnen meist erst dann Grenzen auf, wenn sie auf der Suche nach Orientierung zu weit gegangen sind. Deshalb ist es um so wichtiger, dass Eltern, ErzieherInnen und LehrerInnen diese Aufgabe in Abstimmung miteinander wahrnehmen. In der Ausbildung aller PädagogInnen wird die Auswirkung der gesellschaftlichen Entwicklung auf die Kinder künftig eine noch größere Rolle spielen.

Fehlverhalten erfordert eine schnelle und konsequente Reaktion.

Wenn Kinder straffällig geworden sind, setzen wir in erster Linie auf verbesserte pädagogische Intensivbetreuung rund um die Uhr. Entscheidend ist, dass solche Kinder eine erwachsene Person haben, die verlässlich für sie da ist und die ihnen Orientierung gibt. Wir wollen außerdem die Kinderpsychiatrie so ausbauen, dass psychisch kranken Kindern schneller und besser geholfen werden kann.

## Kinder brauchen Kultur

Die Teilnahme an der kulturellen Vielfalt unserer Stadt sollte allen Kindern durch niederschwellige Angebote ermöglicht werden. Kinderkultureinrichtungen wie das Kindermuseum sollen gefördert und andere Kulturträger ermutigt werden, spezielle Angebote für Kinder und Familien zu schaffen. Die Förderung der eigenen Kreativität und Phantasie erhöht die Lebensqualität jedes Kindes und sollte in allen Einrichtungen, die mit Kindern zu tun haben, beachtet werden.

# In Hamburg lernen und forschen

## Verantwortung für die Bildung

Für die GAL trägt der Staat die Verantwortung für das Bildungswesen. Bildung ist eine öffentliche Aufgabe. Schule und Hochschule sind dem Individuum und dem Gemeinwesen verpflichtet. Unsere Bildungspolitik nimmt nach zwei Seiten hin eine Abgrenzung vor: Einerseits darf Bildung für uns keine Erfüllungsgehilfin rein wirtschaftlicher Interessen sein. Andererseits ist der alt-sozialdemokratische Traum von einer Bildungsgerechtigkeit durch gleichförmige Angebote ausgeträumt. Die Lernfabrik der siebziger Jahre ist passé. Wir Grünen schwören nicht auf einen Schultyp oder möglichst einheitliche Bildungsgänge. Für uns ist entscheidend, was die einzelne Schule, die einzelne Hochschule leistet, wie gut sie sich auf die Lernenden einstellt und dem beruflichen und sozialen Wandel Rechnung trägt, wie möglichst große Chancengerechtigkeit für unterschiedliche Neigungen und Fähigkeiten, Geschlechter oder soziale Herkunft hergestellt wird.

## Fit für die Wissensgesellschaft

Das menschliche Wissen wächst und veraltet immer schneller. Der Umgang mit dieser Entwicklung wird eine zentrale Aufgabe der Bildung. Die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und ihrer Menschen entscheidet sich vor allem an der Frage, wie fit wir für die Wissensgesellschaft sind. Die Entwicklung der Kommunikationstechnologien und die weltweite Vernetzung zwingen uns, der Gestaltung des Bildungswesens eine immer größere Bedeutung zu geben. Schulen und Hochschulen müssen sich auf eine ständige Wissensevolution und auf einen internationalen Wettbewerb einstellen. Sie müssen selber zu lernenden Organisationen werden. Nur so können sie die junge Generation auf die Zukunft vorbereiten. Internet und Multimedia ergänzen und verändern individuelle und gemeinsame Lernprozesse. Dabei geht es nicht nur darum, den Umgang mit neuer Technik zu erlernen, sondern auch darum, neue Formen des Lernens zu nutzen. Die GAL will deshalb Schulen, Hochschulen und Bibliotheken fit für das Multimediazeitalter machen und wir haben dafür schon in den ersten vier Jahren unserer Regierungsbeteiligung entscheidende Weichen gestellt.

## Selbstständige Schulen und Hochschulen

Grüne wollen den Schulen und Hochschulen noch mehr Selbstständigkeit, Eigenverantwortung und demokratische Selbstverwaltung geben. Die GAL hat sich erfolgreich für die Personalauswahl an Schulen und gegen die Regelbeförderung aus Altersgründen eingesetzt. Zur Selbstständigkeit und Selbstverantwortung können Schulen und Hochschulen nur erziehen bzw. bilden und ausbilden, wenn sie selbst von Bevormundung frei sind. Damit einher gehen muss jedoch die Bereitschaft, sich vor dem Hintergrund öffentlicher Verantwortung kritisch nach der eigenen Leistung zu fragen und sie ständig zu verbessern. Das heißt auch: Schulen und Hochschulen müssen sich dem Wettbewerb stellen. Und sie müssen über ihre Leistungen öffentlich Rechenschaft ablegen.

## Leistungsfähige Schule

Eine Pädagogik, die junge Menschen respektiert, stellt hohe Ansprüche an die Qualität von Bildung. Allerdings setzt dies erhebliche Anstrengungen bei der LehrerInnenbildung voraus. Die GAL hat durch die Ergebnisse der Kommission zur Lehrerbildung die Voraussetzungen dafür geschaffen. Wir brauchen Maßnahmen, um den LehrerInnenberuf attraktiver zu machen - das gilt auch für QuereinsteigerInnen und EinwanderInnen - und um qualifizierten Nachwuchs zu werben.

Die GAL wird weitere Möglichkeiten und Wege suchen, Lehrkräften, die dies wünschen, attraktive und für sie finanzierbare Ausstiege zu ermöglichen, um mehr neuen LehrerInnen den Einstieg ins Berufsleben zu eröffnen. Dazu haben wir bisher ein Altersteilzeitmodell durchgesetzt.

## Schulmanagement

Schulen müssen zuverlässig planen können, wenn ihr Angebot verlässlich sein soll. Deshalb darf es in ihrer Personalausstattung keine Defizite geben. Unterrichtsausfall und schlechte Ausstattung zeigen, dass Hamburgs Schulwesen Veränderungsbedarfe hat. Wir wollen, dass die einzelnen Schulen Finanz- und Personalverantwortung erhalten, um Kostenbewusstsein und Flexibilität zu erreichen. Dazu gehört ein professionelles Schul-Management.

Bildung hat ihren Preis. Gleichwohl ist es immer noch so, dass öffentliche Mittel nicht effektiv und effizient eingesetzt werden. Die GAL arbeitet gemeinsam mit anderen an Ideen und Konzepten zukunftsfähiger Bildungsfinanzierung.

## Modernes Lernen

Vielen Hamburger Jugendlichen wird die traditionelle Schule nicht mehr gerecht. Die Lehrmethoden und Lernformen der Schule entsprechen oft nur wenig den gesellschaftlichen Kommunikationsformen und Wahrnehmungsgewohnheiten. Die Schule darf sich mit der Tatsache, dass viele Jugendliche an ihr scheitern, nicht abfinden. Sie muss das Lernen und Arbeiten in Schule, Betrieb und sozialen Einrichtungen verbinden. Die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz hat sich in den letzten Jahren deutlich verringert, nicht zuletzt durch enorme staatliche Investitionen in den außerbetrieblichen Ausbildungsstellenmarkt -ein Erfolg Hamburger Senatspolitik. Im Vordergrund steht jetzt die Erhöhung der Kompetenzen und der Motivation der SchulabgängerInnen. Dafür benötigen die Schulen mehr Gestaltungsspielraum. In der Berufsvorbereitung wollen wir kleine autonome Einheiten, die sich ganz auf ihre SchülerInnen einstellen können. Zugleich wollen wir das Angebot „Qualifizierung und Arbeit“ (QUAS) ausbauen. Die Erfolge der von der GAL durchgesetzten Produktionsschule Altona und des Projektes „Stadt-als-Schule“ ermutigen uns, diese Projekte weiterzuentwickeln und auf alle Bezirke auszudehnen: Jugendliche sollen sich in wirtschaftlichen „Realsituationen“ ausbilden, ohne monoton eine Schulbank drücken zu müssen. Die GAL will die berufliche Bildung aus ihren noch immer zu starren Strukturen entlassen und der Weiterbildung neue Impulse geben. Das europäische Ausland setzt hier Maßstäbe.

## Mehr Ganztagsschulen

Die GAL will in Hamburg das Ganztagsschul-Angebot erheblich vergrößern, um die Chancen zum Lernen zu erhöhen, berufstätige Eltern zu entlasten und dem Schulalltag mehr Beweglichkeit zu geben. Die GAL unterstützt und fördert die Öffnung der Schulen zum Stadtteil und die Kooperation mit den sozialen und kulturellen Einrichtungen. Die Integration behinderter Kinder ist für uns selbstverständlich, auch in weiterführenden Schulen und in der Berufsbildung.
Die GAL setzt sich außerdem für eine qualitativ bessere gymnasiale Oberstufe ein. Viele der heutigen Oberstufen sind zu klein, so dass sie den Anforderungen nicht gerecht werden. Wir wollen, dass die Möglichkeiten der individuellen Schulzeitverkürzung erweitert werden; dazu gehört auch die Möglichkeit, nach zwölf Jahren Abitur zu machen. Reformschulen wie die sechsjährige Grundschule und die integrierte Haupt- und Realschule werden wir weiterhin unterstützen.

## Durch Bildung zur Integration

Bildung und sprachliche Verständigung sind Schlüssel zur Integration, zu einem gleichberechtigten Zusammenleben. Ebenso wie die Eingewanderten gefordert sind, sich um das Erlernen der deutschen Sprache zu bemühen, ist die öffentliche Hand gefordert, dieses Erlernen zu ermöglichen. Deshalb brauchen wir eine Bildungs- und Qualifizierungsoffensive für Einwanderer und Flüchtlinge, die auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt nach wie vor erheblich benachteiligt sind.

## Mehrsprachigkeit als Kapital

Ob Einwanderer und Deutsche lernen, miteinander zu leben, entscheidet sich im Betrieb, in der Nachbarschaft, vor allem aber in Kindergarten, Vorschule und Schule. Mehrsprachigkeit ist ein Kapital, das viele EinwanderInnen mitbringen oder in Hamburg erwerben. Sie sollten die Möglichkeit haben, ihre Herkunftssprache und -kultur zu pflegen. Die Erfolge der zweisprachigen Grundschulen bestätigen uns in unserem Engagement, die Zweisprachigkeit weiterhin zu fördern.

## Hochschulen als Motor

Die Hamburger Hochschulen und Forschungseinrichtungen werden immer mehr zu Motoren der regionalen Entwicklung. Das Know-how der WissenschaftlerInnen und StudentInnen ist ein entscheidendes Zukunftspotential. Nicht nur Hamburg hat Interesse an hochqualifizierten Menschen, eine gute wissenschaftliche Ausbildung erhöht auch individuelle Lebenschancen. Wissenschaft ist wichtig für die wirtschaftliche Entwicklung und die beruflichen Perspektiven. Von ihr gehen entscheidende Impulse aus für die Lösung sozialer und ökologischer Probleme. Hochschulen und Forschungseinrichtungen leisten wichtige Beiträge für die zivilgesellschaftliche Entwicklung.
Deshalb brauchen wir einen intensiveren Dialog zwischen Hochschule und Gesellschaft. Hochschulen und Forschungseinrichtungen tragen zum weltoffenen Klima in Hamburg bei durch tausende ausländische Studierende und viele hundert GastwissenschaftlerInnen.
Die GAL hat dafür gesorgt, dass Wissenschaft in Hamburg Priorität hat. Trotz Konsolidierungskurs ist der Wissenschaftsetat gestiegen. Vor allem im Hochschulbau und in Geräte für die Forschung wurde verstärkt investiert (Zuwachs 15%).
Für die GAL genießt Wissenschaft in Hamburg auch zukünftig Priorität. Die mehrjährige finanzielle Planungssicherheit hat für die Hochschulen verlässliche finanzielle Perspektiven und damit Mut zur Innovation gebracht. Die GAL setzt sich deshalb für Planungssicherheit auch in der nächsten Wahlperiode ein.

## Studiensituation verbessern

Diese Priorität kommt vor allem den Studierenden zu Gute durch zusätzliche Tutorien, Sanierung und Modernisierung der Hörsaal- und Seminargebäude. Durch Sonderprogramme und Fonds in der Informatik konnte beispielsweise jüngst mit Hilfe von Sondermitteln jeder und jedem Studieninteressenten ein Studienplatz angeboten werden. Das neue Hamburger Hochschulgesetz stärkt die Interessen der Studierenden durch verbesserte Studienberatung und Ombudsstellen für Prüfungsbeschwerden. Mit der Ermöglichung des Teilzeitstudiums wird die Situation von berufstätigen und erziehenden Studierenden stärker berücksichtigt.

Hochschulen sollen ein wissenschafts- und praxisorientiertes, offenes Studium gewährleisten, das den Erwerb von Schlüsselqualifikationen wie eigenständige Wissensaneignung, Flexibilität, Selbstständigkeit und soziale Kompetenz ermöglicht.

Der Zugang zu den Hochschulen darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein und durch soziale Zugangsbarrieren wie z.B. Studiengebühren erschwert werden. Ein Studium ist bereits heute eine erhebliche finanzielle Belastung. Rund 70% der Studierenden arbeiten neben dem Studium.

Für Hamburgs Hochschulen haben wir im neuen Hamburger Hochschulgesetz festgeschrieben, dass das Studium bis zum Diplom, Magister, Staatsexamen oder Masterabschluss gebührenfrei bleibt. Die GAL setzt sich auch auf Bundesebene dafür ein und für eine neu gestaltete, elternunabhängige und bedarfsdeckende Ausbildungsförderung.

## Autonomie der Hochschule

Wir haben die Eigenverantwortung und Autonomie der Hochschulen gestärkt und deren Leistungsfähigkeit erhöht. Das neue, bundesweit richtungsweisende, Hochschulgesetz schafft den Rahmen dafür. Der Weg zum neuen Hochschulgesetz war innovativ und dialogorientiert: Das Gesetz wurde im Moderationsverfahren mit frühzeitiger Beteiligung aller Betroffenen entwickelt.

In den letzten Jahren hat sich ein neues, partnerschaftliches Verhältnis zwischen Staat und Hochschulen entwickelt, das auf Instrumenten der Verwaltungsmodernisierung wie Ziel- und Leistungsvereinbarungen, Globalhaushalte, Organisationsfreiheit basiert. Künftig sollen Hochschulen für erreichte Leistungen auch finanziell stärker belohnt werden.

## Wissenschaft ist international

Wir haben die Internationalisierung der Hochschulen vorangebracht. Dazu gehört die bessere Betreuung ausländischer Studierender, Ausbau der Modularisierung und die Einführung internationaler Abschlüsse wie Bachelor und Master. Wir haben uns im Bundesrat mit Erfolg eingesetzt für die Verbesserung der arbeits- und ausländerrechtlichen Situation ausländischer Studierender. Dies wollen wir weiter vorantreiben.

Immer mehr deutsche Studierende haben den Wunsch, einen Teil ihres Studiums im Ausland zu verbringen. Die GAL will deshalb die Möglichkeiten verbessern, Studienaufenthalte im Ausland zu absolvieren und sie auch auf die Studienleistungen zu Hause anzurechnen.

## Frauen fördern

Der Frauenanteil bei den Professuren liegt unter 10%. Deshalb will die GAL Frauen in Wissenschaft und Forschung verstärkt fördern. Dabei verfolgt die GAL mehrere Wege, z.B. verbindliche Vereinbarungen mit den Hochschulen zur Frauenförderung, Erfolge in der Frauenförderung werden sich für die Hochschulen finanziell auszahlen. Es werden gezielt Professuren für Frauen geschaffen. Ein hochschulübergreifender Studiengang Gender Studies wird eingerichtet. Frauen in natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächern werden gezielt gefördert, z.B. durch die Einrichtung eines Women´s Competence Centers an der TU Harburg. Ein Projekt „Information“ der Internationalen Frauenuniversität in Hamburg war sehr erfolgreich. Überlegungen zu Folgeprojekten werden von der GAL unterstützt.

## Spitzenkräfte anwerben

Bis 2010 werden in Hamburg und auch deutschlandweit zwei Drittel aller ProfessorInnen pensioniert. Demnächst herrscht deshalb in den meisten Fächern ein Nachwuchsmangel, wie er nur noch mit der Expansionsphase der Hochschulen Anfang der 70er Jahre vergleichbar ist. Nur wenn die Hochschulen sich für viele Nachwuchstalente und für Erfahrungen aus anderen gesellschaftlichen Bereichen öffnen, werden sie in der Lage sein, den Bedarf an Spitzenkräften zu decken. Die GAL unterstützt Hamburgs Hochschulen dabei, in Konkurrenz mit anderen Hochschulen auf dem nationalen und internationalen Markt gute WissenschaftlerInnen neu zu gewinnen.

Der anstehende Generationenwechsel an den Hochschulen bietet die Chance, eine leistungsorientiertere Professorenbesoldung zu schaffen und den Beruf der Wissenschaftlerin und des Wissenschaftlers durch eine grundlegende Neugestaltung der Qualifikationsphase planbarer und attraktiver zu machen. Die GAL setzt sich deshalb auf Bundesebene für die Abschaffung der Habilitation und Einführung der Juniorprofessur ein.

## Hochwertige Weiterbildung

Im Zeitalter des lebenslangen Lernens wird Weiterbildung für Berufstätige immer wichtiger. Die Hochschulen dürfen dieses Feld privaten Anbietern nicht allein überlassen. Dabei kommt ihnen ihr Vorsprung in der inhaltlichen Kompetenz zu Gute. Die GAL unterstützt die Hochschulen dabei, mit neuen Angeboten in das Zukunftsfeld Weiterbildung einzusteigen. Dabei sollen die Möglichkeiten des Public-Private-Partnership genutzt werden.
Die Filmausbildung soll reformiert und ausgebaut werden. Die GAL unterstützt diesen wichtigen Ausbildungsbereich für eine Medienstadt wie Hamburg.

## Wissenschaft und Wirtschaft

Ein Potential an gut ausgebildeten Arbeitskräften und das Vorhandensein wissenschaftlicher Einrichtungen ist ein immer wichtigerer Faktor für die Standortentscheidung von Unternehmen. Deshalb unterstützt die GAL die Hochschulen bei der Weiterentwicklung ihres Technologietransfers und ihrer Angebote zur Förderung von Existenzgründungen aus Hochschulen. Die GAL spricht sich dafür aus, Exzellenzbereiche der Forschung, insbesondere im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung, weiter zu fördern und die interdisziplinäre Zusammenarbeit auszubauen. Eine wissenschaftliche Akademie neuen Typs könnte - angesichts der immer stärkeren Ausdifferenzierung der Wissenschaften - Interdisziplinarität und Internationalität den notwenigen Rahmen verschaffen, in dem wissenschaftlicher Austausch auf hohem Niveau organisiert werden kann. Nachwuchsförderung und die intensive Kommunikation zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit sollen im Vordergrund stehen.
Wissenschaft braucht den kritischen Dialog. Deshalb macht sich die GAL für Technikfolgenabschätzung in allen Bereichen, aber besonders im Bereich der Gentechnik für öffentlichen Dialog und mehr Verbraucherschutz stark.

# In Hamburg arbeiten

## Köpfe statt Beton

Die Hamburger Wirtschaft hat in den letzten Jahrzehnten enorme Umbrüche erlebt. Die Wirtschaftskraft wird heute weniger von Waren als vielmehr von Dienstleistungen, Ideen und Wissen bestimmt. Entscheidend für das wirtschaftliche Wohlergehen werden in Zukunft die Schaffung, der Erhalt und der Ausbau von Wissensvorsprüngen sein. Köpfe sind gefragt, nicht Asphalt, Beton oder Kaimauern. Wissen und Lebensqualität sind entscheidende Standortfaktoren in der Wirtschaftsentwicklung.
In Hamburg ist die Erwerbslosigkeit in der jetzt auslaufenden Wahlperiode deutlich zurückgegangen, hier kommt der rot-grünen Politik bundesweit eine Vorreiterrolle zu. Zur Schaffung von Arbeitsplätzen hat außerdem die von der rot-grünen Bundesregierung verabschiedete Ökosteuer und die dadurch bewirkte Senkung der Lohnnebenkosten beigetragen.
Die Krise des verarbeitenden Gewerbes hat in der Hansestadt eine Modernisierung bewirkt. Hamburger Rüstungsbetriebe wollen wir bei einem Umstieg auf zivile Konfliktlinien unterstützen. Etliche in Hamburg produzierende Unternehmen haben in Sachen Umweltschutz bereits vielbeachtete positive Beispiele gesetzt.

## Ökologie schafft Arbeitsplätze

Ökologie ist längst viel mehr als nur Umweltschutz. Sie ist eine Innovationsstrategie. Ökologisch Wirtschaften heißt, dass Unternehmen nach ressourcenschonenden Produkten und Produktionsverfahren suchen und sich auf diese Weise ständig erneuern. Ökologisches Wirtschaften kann sich rechnen. Es kann einen wesentlichen Beitrag zur wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Hamburger Unternehmen leisten. In vielen Unternehmen vollzieht sich in diesem Sinne bereits ein Umdenken. Dem muss die Politik Rechnung tragen. Deshalb will die GAL eine „Landesinitiative ökologisches Wirtschaften“ starten. Neue Produktionstechniken sichern auf Jahre hinaus Konkurrenzfähigkeit und Arbeitsplätze - so im Maschinenbau wie auch in der Elektrotechnik und der Meerestechnik.

## Ohne Kompromisse geht’s nicht

Dies, und allein dies, ist Grund für die Kompromissbereitschaft der GAL im Streit um das Mühlenberger Loch und die Airbus-Ansiedlung. Der Preis für den Eingriff in die Natur ist hoch, nicht nur für Naturfreunde, sondern auch für die unmittelbar betroffenen Menschen. Die GAL hat sich ihre Entscheidung in diesem Zielkonflikt nicht leicht gemacht. Aber die Chancen für Wirtschaft und Beschäftigung haben uns nach Abwägung aller Vor- und Nachteile zu unserer Entscheidung gebracht.

## Hamburgs Häfen müssen sich mit der Stadt vertragen!

Der Hamburger Seehafen ist die Nummer 2 in Europa: Mit einem Plus von 13,6% wurden 4,248 Millionen Standardcontainer (TEU) umgeschlagen - das Jahr 2000 war damit ein Rekordjahr im Containerumschlag. Niemand bestreitet, dass der Hafen für Hamburg ein großes wirtschaftliches Gewicht hat - dennoch müssen wir kritisch hinterfragen, in welcher Form und auf wessen Kosten.
Unser Ziel ist es, einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Interessen der Menschen, der Umwelt und der Wirtschaft in der Metropolregion. Die GAL hat in dieser Wahlperiode die Grüne Europäische Hafenkooperation, die Ökologie im Hafen und das Leben in Moorburg in den Vordergrund gestellt.
Der Hamburger Hafen ist zunehmendem Wettbewerb ausgesetzt - die Konkurrenz ist groß. Und wer die Nase vorn haben will, muss investieren. Dabei muss ein gesundes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben herrschen. Angesichts der knappen öffentlichen Haushalte müssen weitere Hafeninvestitionen gerechtfertigt werden. Die GAL wird daher die Hafensubventionen unter die Lupe nehmen und Vorschläge zu deren Beseitigung machen: Neben einer Neustrukturierung des Flächenmanagements mit einer Anpassung der Mieten und Pachten gehört dazu auch die Verselbstständigung des Amtes für Strom- und Hafenbau. Sollte der Bedarf für einen Tiefwasserhafen in Cuxhaven oder Wilhelmshaven - als Ergänzung zu Hamburg - tatsächlich nachgewiesen werden, so muss es einen Systemwechsel in der Hafenfinanzierung geben: weg von der öffentlichen hin zu einer privaten Finanzierung. Der ökologische Eingriff muss dabei so gering wie möglich gehalten werden. Die GAL spricht sich gegen eine weitere Vertiefung der Elbe aus und für die Herausnahme Moorburgs aus dem Hafenentwicklungsgesetz. Im Sinne dieser Leitlinien wird die GAL auch auf europäischer Ebene weiter aktiv sein.
Hamburg hat einen stadtnahen Flughafen, der von vielen Hamburgerinnen und Hamburgern regelmäßig genutzt wird. Das akzeptiert grüne Flughafenpolitik in Hamburg grundsätzlich, auch wenn die Umweltschäden und Belastungen durch den Flugverkehr hoch sind. Unser Blick auf den Flughafen ist deshalb vor diesem Hintergrund vor allem ein kritischer: Wir wollen die Belastungen hinterfragen und auf das unausweichliche Maß verringern.

Erste Erfolge haben wir bereits erzielt: mit der Einführung eines Lärmdeckels - der selbst bei einer steigenden Zahl von Flugbewegungen den Gesamtlärm auf das Niveau von 1997 begrenzt - und dem Bau der zweiten Lärmschutzhalle für Triebwerksprobeläufe. Die nächsten Schritte müssen folgen. Wir wollen die Belastungen in den Tagesrandzeiten, d.h. nach 22 Uhr verringern. Hier gibt es konkrete Vorschläge, z.B. eine Verteuerung der Landeentgelte bis zu 200%. Darüber hinaus fordern wir die Einführung von Landeentgelten auf Schadstoffe, wie es in Zürich und Stockholm bereits praktiziert wird. Die GAL ist sich der Probleme bewusst, die durch einen stadtnahen Flughafen entstehen. Wir machen konstruktive Vorschläge im Sinne aller betroffenen Menschen. Im Gegensatz zur CDU, die nach dem Sankt-Florians-Prinzip die Probleme lieber anderen vor die Tür schaufeln möchte, ist die GAL gegen einen Ersatzflughafen Kaltenkirchen.
Kein Bereich boomt so sehr wie die Dienstleistungen für Unternehmen. Architektur- und Ingenieurbüros, Anwaltskanzleien und Verlage, Medien und Messe haben für Hamburg eine größere Bedeutung als alle alten Industrien zusammengenommen. Allein in der Werbung arbeiten fast 20.000 Menschen. Diese Entwicklung ist eine Chance für unsere Stadt. Denn mit Flächen fressenden Fabrik-Komplexen hätte Hamburg mehr Probleme als mit kleinen, anpassungsfähigen Dienstleistungsbetrieben, die oft gerade einen Platz in der inneren Stadt suchen und in der Nähe ihrer Auftraggeber.

## Mehr Lebensqualität durch kurze Arbeitswege

Unsere Großstadtpolitik kann daher Wirtschaftsentwicklung und Stadtplanung gut versöhnen. Denn ein Grundprinzip grünen Wirtschaftens ist Nähe und Vielfalt der Funktionen auf engem Raum: Wir wollen Naturreserven schonen und unnötige Verkehrsbelastungen vermeiden. Auch die Wirtschaft hat ein Interesse daran, Transport- und Kommunikationswege zu verkürzen, um rentabler arbeiten zu können. Und wer möchte schon in einer sterilen Mondlandschaft von Bürohochhäusern sein Arbeitsleben verbringen und dann noch täglich fünfzehn Kilometer nach Hause fahren? Die wirtschaftliche Attraktivität Hamburgs ist davon abhängig, ob es gelingt, die Arbeit räumlich in das übrige Großstadtleben zu integrieren.

## Gewerbe im Stadtteil

Dafür steht beispielhaft die GAL-Strategie der stadtteilorientierten Wirtschaftsförderung. Mit lokalen Förderzentren ‚vor Ort' und dem Bau von Gewerbehöfen wollen wir die Stadtteile wirtschaftlich (wieder) erstarken lassen. In Altona entsteht mit Unterstützung der GAL ein neuartiges Ökozentrum, in dem unter einem Dach ökologische Produkte, Gastronomie und Dienstleistungen angeboten werden. Viele kleine und mittlere Unternehmen schauen auf die Qualität ihrer städtischen Umgebung. In Stadtteilen wie Ottensen, St. Georg oder im Schanzenviertel entstehen attraktive Standorte für Unternehmen. Das ist der richtige Weg, denn die Erneuerung der Stadtteile vollzieht sich auch über ihre wirtschaftliche Wiederbelebung. Die GAL ist deshalb für eine gezielte dezentrale Wirtschaftsförderung. Strukturschwache Gebiete wie z.B. Wilhelmsburg bedürfen besonderer Förderung. Die GAL will Gewerbeflächen in der Stadt sichern und den Unternehmen Raum zur Entwicklung geben, vorwiegend auf solchen Flächen, die schon vorher genutzt wurden.

## Die Kluft beseitigen

Für die Menschen in Hamburg darf es kein Nachteil sein, in einem bestimmten Stadtteil zu leben. Mit unserer Politik einer sozialen Stadtteilentwicklung wollen wir daher dazu beitragen, dass Einzelne, aber auch Gruppen zur Selbsthilfe aktiviert werden und damit Anschluss an einen positiven Wirtschaftstrend erhalten. Dazu gehört, dass in den Wohnvierteln Gewerbehöfe aktiviert und neu genutzt werden. Dazu gehört aber auch, dass EinwanderInnen dieselben wirtschaftlichen Aufstiegschancen haben wie Deutsche. Wer an einem diskriminierenden Ausländerrecht festhält, begünstigt die Entstehung von Schattenwirtschaften. Behörden und öffentliche Unternehmen müssen bei der Beschäftigung von nichtdeutschen Arbeitskräften eine Vorreiterrolle einnehmen. Nicht-EU-BürgerInnen dürfen gegenüber EU-Ausländern nicht benachteiligt werden.

## Eingewanderte gründen Unternehmen

In Hamburg sind UnternehmerInnen aus 100 verschiedenen Nationen tätig. Viele ehemalige Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter sind heute selbst zu UnternehmerInnen und AusbilderInnen geworden und leisten in Zeiten des Mangels an Ausbildungsplätzen ihren Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Diese Ausbildungs- und Arbeitsplätze in Betrieben, die von EinwanderInnen geführt werden, sind nicht nur für Jugendliche wichtig, die eine Ausbildung machen wollen, sondern auch für eine bessere Integration von ausländischen UnternehmerInnen in das duale Berufsbildungssystem in Deutschland. Ein gezieltes Beratungs- und Unterstützungsangebot für diese Gruppe muss durch die Kammern und Berufsverbände ausgeweitet und fortgeführt werden.

## Arbeitsvermittlung verbessern

Ein wichtiges Ziel unserer Arbeitsmarktpolitik ist die Neuorganisation der Vermittlung. Ohne einen ganz persönlichen Zuschnitt für jeden einzelnen Erwerbssuchenden geht es nicht. Besonders bei Langzeit-Erwerbslosen ist die Rückgewinnung von Mut und Selbstachtung wichtig. Aus der bürokratischen Arbeitsvermittlung muss die dynamische Arbeitsberatung werden, die sich in Unternehmen gezielt nach geeigneten Beschäftigungsmöglichkeiten für die Beratung Suchenden umsieht. Wir streben eine Reform der Arbeitsvermittlung an, die zielgerichtet und individuell bei den Fähigkeiten der Einzelnen ansetzt und eine Perspektive auf dauerhafte und existenzsichernde Erwerbsarbeit bietet.

## Gleichstellung vorantreiben

Obwohl Hamburg einen besonders hohen Anteil an erwerbstätigen Frauen hat, kann von einer Gleichberechtigung keine Rede sein. In Spitzenpositionen sind die Männer nach wie vor fast unter sich. Frauen verdienen im Schnitt ein Drittel weniger als Männer in vergleichbarer Tätigkeit. Die GAL hat erreicht, dass Frauen in der Hamburger Arbeitsmarktpolitik stärker gefördert werden als früher. Aber wir werden nicht locker lassen. Besonders wichtig ist, dass in Unternehmen und beim Staat ein Bewusstsein darüber entsteht, welche Hindernisse für die Einstellung und Beförderung von Frauen bestehen. Stellenausschreibungen, Anforderungsprofile und Arbeitszeugnisse lassen sich häufig von einer männlichen Sichtweise leiten oder bevorzugen typisch männliche Eigenschaften. Dass dann bei der Auswahl meistens ein Mann das Rennen macht, ist kein Zufall. Deshalb wollen wir die Stellung der Frauenbeauftragten stärken und das Gleichstellungsgesetz dem Bundesstandard anpassen. (s. Kasten „Gender mainstreaming“)

## Medienmetropole

Eine besonders lebhafte und wachstumsstarke Branche ist in Hamburg der Medienbereich. Hamburg gilt als die deutsche Multimediahauptstadt. Firmen, die mit neuen Kommunikationstechnologien arbeiten, boomen besonders. Die GAL will auch im Hinblick auf Existenzgründungen unkonventionelle Wege gehen. Neugründungen sind wichtig für Arbeitsmarkt und Ausbildung. Eine frühzeitige, konkrete Beratung erhöht die Erfolgswahrscheinlichkeit einer Neugründung. Dabei kann das Internet wichtige Hilfe leisten. Die bisherigen Internetangebote können zu einer Beratungsplattform auf www.hamburg.de weiterentwickelt werden. Durch besondere Projekte hat die GAL gerade Frauen in diesem Bereich unterstützt.

Über 70 % des in Deutschland produzierten Internetangebots kommen aus unserer Stadt. Hamburg ist deshalb besonders daran interessiert, ausreichend viele Menschen für eine Ausbildung, ein Studium oder eine Weiterqualifikation im IT- und Multimediabereich zu gewinnen. Dabei kommt den Hochschulen eine Schlüsselfunktion zu. Senat und Bürgerschaft haben dies erkannt und zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt, um die Zahl der Studienplätze in Informatik-, Medien- und Multimediafächern zu erhöhen. Ebenso wichtig wie zusätzliches Geld ist ein intensiver gesellschaftlicher Dialog über den künftigen Qualifizierungsbedarf. In Hamburg hat die Behörde für Wissenschaft und Forschung deshalb einen Dialog zwischen Vertretern von Unternehmen, Hochschulen, Kammern, Politik und Verwaltung angestoßen.

# Frauen und Männer: Der andere Blick

Keine politische Entscheidung ist geschlechtsneutral. Ob in der Stadtentwicklungs-, der Bildungs- oder der Verkehrspolitik: Frauen haben oft eine andere Sichtweise, andere Wünsche und Bedürfnisse als Männer. Deshalb ist es notwendig, bei jeder Entscheidung von Anfang an zu berücksichtigen, welche Auswirkungen sie für Frauen oder Männer hat. Ziel ist es, politische Entscheidungen so zu treffen, dass sie Frauen nicht benachteiligt oder bestehende Benachteiligungen beseitigt.

Nicht nur politische Entscheidungen haben Auswirkungen auf das Geschlechterverhältnis. Auch die Strukturen innerhalb von Behörden, Unternehmen und Organisationen müssen unter die Lupe genommen und Hindernisse auf dem Weg zu gleichen Chancen für Frauen beseitigt werden. Dieses politische Konzept bezeichnen wir als Gender Mainstreaming.. Es ist ein Leitprinzip der GAL-Politik. Die Verantwortung für die Umsetzung liegt bei den Leitungen der Ressorts. Die Begleitung dieser Querschnittsaufgabe muss auch in Zukunft beim Senatsamt für die Gleichstellung und beim Gleichstellungsausschuss der Bürgerschaft liegen.

Neu an diesem Ansatz ist vor allem, dass sich dieser Aufgabe Frauen und Männer gemeinsam widmen müssen - Gleichstellung ist nicht allein Frauensache, sondern ein Gebot der Demokratie und sogar gesetzlich geboten: Durch die Amsterdamer Verträge sind die EU-Mitgliedsstaaten verpflichtet, in allen politischen Entscheidungen die Konsequenzen auf das Geschlechterverhältnis zu berücksichtigen, eben die grundsätzliche Orientierung auf das Geschlechterverhältnis zu richten.

Dieser Aufgabe hat sich die Hamburger GAL in den letzten Jahren ganz besonders verschrieben. Wir wissen zwar, dass es viele Jahre dauern wird, bis es selbstverständlich ist, zu fragen: Was haben Frauen oder Männer davon, wenn wir die Öffnungszeiten von Bezirksämtern erweitern? Welche Wünsche haben Frauen oder Männer an die Verkehrspolitik? Was wollen Frauen oder Männer im öffentlichen Nahverkehr verändert haben? Was bedeutet es für Frauen und Männer, wenn die Ladenschlusszeiten verändert werden?

Die GAL hat den Anfang gemacht, in der Universität, in der Umweltbehörde und in einzelnen Bezirksämtern wird auf unser Betreiben nach diesem Prinzip gearbeitet. Dabei geht es nicht nur darum, den Frauenanteil in Gremien und auf der Leitungsebene zu erhöhen. Es geht darum, das Thema Geschlechtergerechtigkeit in die Verwaltungsmodernisierung mit einzubeziehen. Die Erfahrung zeigt, dass dadurch die Identifikation mit der Arbeit und deren Qualität verbessert wird. Für diese Maßnahmen werden zusätzliche Finanzmittel vergeben. Mit dem Prinzip des Gender Mainstreaming wollen wir eine neue Perspektive für die Gestaltung des Hamburger Haushalts eröffnen. Auch in der Wirtschaft setzt sich das Gender Mainstreaming langsam durch. Immer mehr Unternehmen erkennen, dass dadurch Arbeitszufriedenheit und Effizienz gesteigert werden können.

Gender Mainstreaming ersetzt aber nicht die klassischen Instrumente der Frauenförderung - Frauenförderung und Frauenprojekte sind die Grundlage für die Weiterentwicklung der Geschlechtergerechtigkeit. Viele Projekte haben die Gleichstellung von Frauen und Männern in Hamburg vorangebracht. Wir unterstützen besonders die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Zukunftsberufen, in den neuen Medien und bei Existenzgründungen. Wir fördern das Engagement von Männern in sozialen Berufen und in der Familienarbeit. Gender Mainstreaming schafft Chancen zur neuen Verteilung der Arbeit zwischen Frauen und Männern.

# Hamburg ist offen

Hamburg gehört zu den weltoffensten Städten unseres Landes - seit jeher befördert durch seine Geschichte und Tradition als liberale und tolerante Handels- und Hafenstadt. Nicht zuletzt aber ist dies gerade der Arbeit und dem Engagement der Menschen unserer Stadt zu verdanken.

## Gleichberechtigung und Respekt

Hamburg ist seit jeher Einwanderungsstadt, und die Eingewanderten aus allen Epochen prägen das Bild unserer Stadt mit. Das Zusammenleben von EinwanderInnen und Einheimischen war und ist eine Chance für Hamburg, weil es Kreativität hervorbringt und Kontakte in die ganze Welt fördert. Deshalb ist es im Interesse Hamburgs, Einwanderungsstadt zu bleiben und auf der Basis unseres Grundgesetzes mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen respektvoll und gleichberechtigt zusammen zu leben.

## Der Blick nach Osten

Hamburg liegt mitten in Europa. Die Beziehung zu Ostsee-Anrainerstaaten hat aufgrund unserer Lage ein ganz besonderes Gewicht. Die Ost-Erweiterung der Europäischen Union ist für Hamburg von besonderem Interesse. Als „Drehscheibe“ zwischen West und Ost, Nord und Süd wird Hamburg wirtschaftlich, aber auch ökologisch, kulturell sowie in Wissenschaft und Forschung immer größeres Gewicht erlangen. Das stärkt die Wirtschaftskraft der Stadt und stellt neue Anforderungen an Verantwortung und Solidarität. Die GAL setzt sich aber nicht nur für eine stärkere wirtschaftliche Zusammenarbeit, sondern auch für den Ausbau der Hochschulkooperationen im Ostseeraum und den Austausch mit Nichtregierungsorganisationen für eine gemeinsame Entwicklung im Ostseeraum ein.

## Mitverantwortung für die Welt

Als größte Welthandelsmetropole Deutschlands profitiert die Hansestadt in besonderer Weise von den handelspolitischen Verbindungen mit vielen Regionen dieser Welt - damit trägt sie gleichzeitig eine hohe Mitverantwortung für die Entwicklung in diesen Regionen. MinisterpräsidentInnen der Länder und Bürgermeister der Stadtstaaten haben ihre Verantwortung anerkannt und ein entsprechendes Engagement beschlossen.

Für die GAL bedeutet dieser Beschluss eine besondere Verpflichtung. Die internationale Politik Hamburgs ist - neben den wirtschaftlichen Beziehungen - geprägt von der Einbindung in die Europäische Union, von der Zusammenarbeit mit den Ostsee-Anrainern und unseren internationalen Städtepartnerschaften. Eine besonders aktive Partnerschaft verbindet Hamburg mit der Stadt León in Nicaragua.

Neben der Förderung von kommunal ausgerichteten Projekten in unseren Partnerländern wollen wir unsere wissenschaftlichen und organisatorischen Kompetenzen weitergeben. Die GAL unterstützt die Initiative des Bundes, öffentliche und private Mittel für Projekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit zu verbinden.

## Entwicklungspolitik

Die GAL hat 1997 in den Koalitionsverhandlungen mit der SPD die Idee des „Eine Welt Netzwerkes Hamburg“ aufgegriffen und die Einrichtung eines entwicklungspolitischen Beirats durchgesetzt. Dieser Beirat hat entwicklungspolitische Leitlinien für den Senat erarbeitet. Wir werden uns dafür einsetzen, dass in der gesamten Hamburger Politik entlang der Leitlinien Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe verstanden wird. Die Arbeit dieses Beirats werden wir weiterhin unterstützen und fördern.

## Konflikt: Flüchtlingspolitik

Bestandteil unserer internationalen Politik ist der Umgang mit Flüchtlingen, die in Hamburg Schutz oder ein vorübergehendes Zuhause suchen. Hier konnten wir nicht in dem Maße Verbesserungen durchsetzen, wie wir es uns gewünscht hätten. Grenzen setzten uns sowohl die restriktive Behördenpraxis als auch die restriktiven bundesgesetzlichen Bestimmungen. Wir haben uns insbesondere dafür eingesetzt, Flüchtlingen den Zugang zu Schule, Beruf und sozialem Leben zu ermöglichen. So hat die GAL Privatvormundschaften für minderjährige Flüchtlinge abgesichert. Bildung ist die notwendige Bedingung für Integration in unsere Gesellschaft und bietet den Menschen zugleich eine Chance für den Fall einer Rückkehr in ihre Herkunftsländer. Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die bei jeder politischen Entscheidung berücksichtigt werden muss.

## Integration statt Ausgrenzung

Seit dem Mittelalter heißt es: „Stadtluft macht frei.“ Diese alte Regel muss auch für diejenigen gelten, die aus anderen Ländern zu uns kommen. Die wenigsten Menschen verlassen ihre Heimat freiwillig. Und viele, die vor Krieg, Elend oder Folter aus ihrer Heimat fliehen mussten, sind nach Hamburg gekommen und möchten hier sicher und frei leben können. Ihnen gilt unsere Solidarität. Die auf Bestreben der GAL begonnene Dezentralisierung der Ausländerbehörde muss fortgeführt und ausgeweitet werden. Aber in Würde hier zu bleiben und zu leben, bedeutet auch, dass die Stadt allen Einwanderern und Flüchtlingen eine Möglichkeit geben muss, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Solange Flüchtlinge in Sammelunterkünften isoliert leben, können sie nicht am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Wir setzen uns für eine dezentrale Unterbringung von Flüchtlingen in Wohnungen ein. Flüchtlinge auszugrenzen, ist nicht nur menschenunwürdig, sondern auch friedensgefährdend. Und wer Flüchtlinge daran hindert, sich auszubilden und arbeiten zu gehen, macht sie unfähig, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen.

## Hamburg war Auswandererstadt

Für Millionen Menschen war Hamburg einmal der Auswandererhafen nach Übersee, vorwiegend nach Amerika. Die GAL unterstützt das Projekt „Link to your Roots“ im Staatsarchiv, mit dem den Nachkommen dieser Auswanderer die Möglichkeit eröffnet wird, über Hamburg den Spuren ihrer Familie nachzugehen. Wir wollen, dass in den Räumen der ehemaligen Auswandererhalle auf der Veddel ein Museum und Stadtteilzentrum entsteht, das an diese Phase der Hamburger Geschichte erinnert.

## Unteilbares Menschenrecht

Die GAL setzt sich für die Verbesserung der Lebenssituation von Menschen ohne Aufenthaltsrecht ein. Illegale Einwanderung wird es geben, solange Menschen sich gezwungen sehen, ihre Heimat zu verlassen. Wer die Augen vor dieser Tatsache verschließt, löst keine Probleme, sondern schafft neue: Illegale Beschäftigung und bestimmte Formen von Kriminalität, Kinder ohne Schulbildung und Menschen ohne jegliche Gesundheitsversorgung sind die Folge einer Politik, die nach dem Motto handelt: „das nicht sein kann, was nicht sein darf“

## Kultur, Kultur, Kultur

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf die Begegnung der verschiedenen Kulturen. Die kulturelle Vielfalt der unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen und Nationalitäten in unserer Stadt bereichern das Kulturleben - das wollen wir fördern und unterstützen. Eine Metropole wird durch kulturelle Vielfalt über ihre Grenzen hinaus attraktiv. Staatliche Kulturpolitik hat die Aufgabe, die großen renommierten drei Stadttheater und sieben Museen zu unterstützen. Sie muss außerdem das Schwierige, das Anstößige, das Experimentelle, das, was Nachdenklichkeit auslöst, fördern. Zugleich wollen wir dafür sorgen, dass möglichst viele Menschen an den Kulturangeboten teilhaben und sich künstlerisch betätigen können. Dezentrale Einrichtungen wie Bücherhallen, Geschichtswerkstätten und Stadtteilkulturzentren sind hierfür wichtige Anlaufpunkte. Sie bieten Beteiligungs- und Kontaktmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger im Stadtteil.

## Kinder, Kultur, Kunst

Grüne Politik rückt auch Kinder und Jugendliche ins Zentrum ihrer Bemühungen. Gerade sie gewinnen durch frühe und intensive Begegnungen mit Kultur und Kunst Vertrauen in die eigene Kreativität, sie üben so Neugier und Toleranz. Wir wollen Live-Begegnungen mit Kunst und Kultur fördern: Jugendliche sollen in ihrem Stadtteil Musik machen oder Theater spielen können. Mobile Angebote und Einsätze vor Ort gerade in strukturschwachen Stadtteilen müssen weiterentwickelt werden.

## Nachwuchs fördern

Wir wollen die Spitzenleistungen der Hamburger Kultur fördern und genießen. Spitzenleistungen brauchen eine Basis: Nur wer sich um den Nachwuchs kümmert, braucht sich um das Publikum von morgen nicht zu sorgen. Eine Chance liegt in der Begegnung von künstlerischen Profis und SchülerInnen -im Rahmen spezieller Konzert- oder Theaterbesuche und im Schulunterricht vor Ort. Die von der GAL geforderte Zusammenarbeit von Kultur-, Schul- und Jugendbehörde mit den kulturellen AkteurInnen soll hierfür zukünftig Impulse geben.

Kulturinstitutionen arbeiten in Hamburg mit großer organisatorischer Selbstständigkeit - die drei Staatstheater-GmbHs haben die ihnen gewährte mehrjährige Planungssicherheit mit erheblichem künstlerischen Erfolg genutzt. Schon nach kurzer Zeit haben sich die sieben Hamburger Museumsstiftungen bewährt. Künstlerische Freiheit und unternehmerische Verantwortung gerade in den großen Einrichtungen zu verbinden, ist notwendig und überregional beispielhaft. Gleichwohl braucht die Kunst und Kultur staatliche Förderung unabhängig von ihrem ökonomischen Nutzen. Privates Engagement und Mäzenatentum müssen zum Wohle vielfältiger Kulturangebote durch die Politik befördert werden.

Wir wollen künftig stärker Projekte statt Institutionen fördern. Dies gilt beispielhaft für die Privattheater - mehr Bewegung und Transparenz sollen aber nicht zu Lasten der Vielfalt in der Theaterlandschaft gehen. Das Spielstättenangebot für freie Gruppen muss durch Kooperationen verbessert werden. Das vielfältige Kunst- und Kulturangebot ist nicht nur Aushängeschild Hamburgs, sondern es bereichert den Genuss eines interessanten Großstadtlebens.

## Hamburg genießen

Hamburg zählt zu den schönsten Städten Deutschlands. Die Verbindung von Stadt und Wasser, das viele Grün, Architektur und Baugeschichte tragen zu diesem Image bei. Anliegen des Denkmalschutzes werden wir unterstützen. Deshalb wollen wir die neuentstehende Hafencity auch zu einem Ort der Kultur machen - so können sich die HamburgerInnen mit diesem völlig neuen Stadtteil schneller identifizieren.

## Gay + Lesbian Community

Vielfalt finden wir auch in den Lebensformen Hamburger Bürgerinnen und Bürger. Seit die GAL in der Hansestadt mitregiert, hat sich Hamburg bundesweit einmalig als Schrittmacher für die Rechte von Schwulen und Lesben entwickelt. In einem bis dahin nicht erlebten Maße hat die GAL die Belange von Schwulen und Lesben im Bürgerschaftswahlkampf 1997 zum Thema gemacht - und durchgesetzt.
Die besten politischen Absichten bleiben Papier, wenn sie nicht auch von PolitikerInnen mit Leben gefüllt werden. Deshalb hat die GAL das Senatsamt für die Gleichstellung um ein Referat für gleichgeschlechtliche Lebensweisen erweitert und der Gleichstellung von Schwulen und Lesben im rot-grünen Senat besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

## Hamburger Ehe

Mit der Hamburger Ehe öffnete die Hansestadt als erstes Bundesland die Standesämter für lesbische und schwule Partnerschaften. Mit der bundesweit liberalsten Regelung für ausländische PartnerInnen können bi-nationale Lebensgemeinschaften jetzt gesichert in Hamburg leben. Nicht zuletzt aufgrund der rot-grünen Hamburger Initiative hat jetzt die rot-grüne Bundesregierung das Lebenspartnerschaftsgesetz auf den Weg gebracht, so dass gleichgeschlechtliche Paare ähnliche Rechte und Pflichten erhalten können wie Ehepaare. Wir werden im Bundesrat dafür kämpfen, dass CDU/CSU und F.D.P. endlich Schluss machen mit Diskriminierung und ihre Blockadehaltung aufgeben, damit auch die zustimmungspflichtigen Teile des Gesetzes Realität werden. Darüber hinaus wollen wir alle wichtigen hamburgbezogenen Regelungen an das Lebenspartnerschaftsgesetz angleichen.
Schwule und Lesben bekennen sich angesichts der spürbareren Offenheit der hamburgischen Bevölkerung zunehmend zu ihrer sexuellen Identität. Schwulen- und Lesben-Kneipen und -Cafés und eine bunte Kulturszene bereichern unsere Stadt - die jährliche Christopher-Street-Day-Parade hat innerhalb weniger Jahre eine große Anziehungskraft für viele Schaulustige und TouristInnen entwickelt. Schwule und lesbische UnternehmerInnen sowie TouristInnen leisten einen wichtigen Beitrag zur Schaffung von Arbeitsplätzen.
Die GAL hat für Hamburg als erste Stadt ein Tourismuskonzept für schwule und lesbische TouristInnen entwickelt. Inzwischen sind andere Metropolen wie Berlin, Köln und München gefolgt. Es ist auch Ziel der GAL, jugendlichen HamburgerInnen den Weg zu ihrer sexuellen Selbstfindung zu erleichtern. Wir werden deshalb daran arbeiten, in Schule und Gesellschaft Bedingungen zu schaffen, die schwulen Jungen und lesbischen Mädchen ihr „Coming Out“ weitgehend frei von äußeren Problemen ermöglichen.

## Den Nazis keine Chance

Hamburg ist ohne die vielfältigen internationalen und kulturellen Beziehungen und Einflüsse undenkbar - sie sind ein wesentlicher Faktor für unsere Lebensqualität in dieser Metropole. Diese wollen wir uns erhalten und ausbauen. Die GAL wehrt sich entschieden gegen jeden Versuch der Neonazis, unsere vielfältige Kultur zu bekämpfen und Minderheiten auszugrenzen oder sogar mit Gewalt zu verfolgen. Dazu wird die GAL alle denkbaren politischen Schritte und Initiativen vor Ort ergreifen. Es ist Aufgabe aller BürgerInnen, die einfachen Lösungen von Rechtspopulisten und ihren HelfershelferInnen zu enttarnen. Rechtsextremismus und rassistische Gewalt können nur wirksam bekämpft werden, wenn es in der Öffentlichkeit ein Klima des Respekts vor den Mitmenschen und der Achtung der Menschenrechte gibt. Besonders wichtig ist dabei, in Schulen und anderen Einrichtungen über die Gefahren der Fremdenfeindlichkeit und des Nationalismus aufzuklären. Wir sind offen für alle Menschen, die mit uns gemeinsam das offene Hamburg weiterentwickeln und gestalten wollen.

# Was ist eigentlich Nachhaltigkeit?

Der Begriff Nachhaltigkeit ist keine grüne Erfindung, unsere Partei hat ihn aber am konsequentesten in ihre Politik integriert. Der Gedanke der Nachhaltigkeit durchzieht alle Politikbereiche, er ist nicht auf Umwelt allein beschränkt.

Wir sprechen von nachhaltiger Entwicklung, wenn wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse langfristig aufrecht erhalten werden können, ohne unser Ökosystem zu überlasten. Wir kennen heute fast jeden Winkel der Erde und wissen sehr genau, was unsere Umwelt, unser Klima verkraftet und was nicht. An diesen Erkenntnissen richten wir unsere Politik aus. Deshalb denkt grüne Politik weit nach vorne: Wir erhalten unsere Lebensgrundlagen für die nachfolgenden Generationen. Eine Politik, die heute alles verbraucht und für morgen nichts mehr übrig lässt, lehnen wir ab.

Dafür brauchen wir eine mündige Gesellschaft. Zu nachhaltigem und gerechtem Verhalten lässt sich niemand überreden, davon müssen wir überzeugen. Wir wollen eine wache und wissende Gesellschaft, die durch Einsicht nachhaltige Wirtschaftsweisen und Lebensstile entwickelt. Denn die Alternative wäre nicht besonders angenehm: Sie würde bedeuten, dass Mängel und Umweltkatastrophen uns ein anderes Verhalten aufzwingen.

Die grüne Partei ist deshalb auch eine soziale Partei. Chancengerechtigkeit für alle Menschen schafft die Voraussetzungen für dauerhaften Wohlstand. Nur eine sozial gerechte Gesellschaft ist langfristig lebensfähig.

Die Grünen haben in den letzten 20 Jahren politische Konzepte entwickelt, die ein umweltgerechtes, nachhaltiges Leben aller Menschen dieser Welt ermöglichen können. Wir stehen zu unserer globalen Verantwortung, denn wir wissen, dass es isolierte Inseln der ökologischen oder ökonomischen Glückseligkeit nicht geben kann. Wie sagen wir Hanseaten so gerne: Wir sitzen alle in einem Boot. Globale Herausforderungen können wir nicht gegen, sondern nur mit allen Menschen und Staaten dieser Erde lösen.

# Hamburg ist grün

## Natur- und Umweltschutz

Die GAL ist die Anwältin von Natur und Umwelt in Hamburg. Der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen bleibt für die GAL eine entscheidende Zukunftsaufgabe. Die Umweltbewegung und die Grünen haben in den letzten beiden Jahrzehnten viel für den Umweltschutz in diesem Land erreicht. Dennoch steht Hamburg weiterhin vor ökologischen Herausforderungen, die entschlossenes politisches Handeln erfordern. Wir müssen Lebens- und Arbeitsbedingungen schaffen, die einen nachhaltigen (Siehe Kasten Seite xx: Was ist eigentlich Nachhaltigkeit?) Umgang mit unseren Ressourcen ermöglichen und damit lokale und globale Umweltprobleme dauerhaft verhindern. Wir nehmen die Verpflichtung ernst, diese Stadt, dieses Land und diese Erde für die nächste und übernächste Generation zu erhalten. Denn schließlich ist eine grüne Stadt ohne überbordenden Lärm und Gestank besonders attraktiv für ihre BewohnerInnen und Gäste.

## Ökologiepolitik braucht langen Atem

Der Weg zu einer zukunftsfähigen Wirtschaftsweise ist weit. Diese Erfahrung haben wir in den letzten vier Jahren in der Regierung gemacht. Nicht immer konnten wir unsere Ideen durchsetzen. Dennoch hat sich die Regierungsbeteiligung für die Umwelt gelohnt: Mit einem modernen Naturschutzgesetz, mit den neuen Naturschutzgebieten Höltigbaum und Borghorster Elblandschaft, mit einem verbesserten Verkehrsentwicklungsplan und mit einem engagierten Programm „Arbeit und Klimaschutz“ und mit moderner Gewässerschutzpolitik haben wir bedeutende Schritte hin zu einer zukunftsfähigen Entwicklung unserer Stadt gemacht. Die GAL wird diesen Weg konsequent weiter gehen.

## VerbraucherInnen besser schützen

Die Skandale um BSE, Dioxine, Antibiotika, Hormone und Gentechnik in Lebensmitteln haben gezeigt: In der Landwirtschaftspolitik ist ein konsequentes Umsteuern notwendig. Hamburg als kleines Land mit vielen ökologisch bewussten Verbraucherinnen und Verbrauchern muss Vorbild für eine verbraucherorientierte, gesunde und ökologische Lebensmittelproduktion werden. Die GAL steht für einen besseren Verbraucherschutz: Wir streben eine engere organisatorische Verzahnung von Verbraucherschutzpolitik, Landwirtschaftspolitik und Umweltpolitik an. Die Lebensmittelherstellung muss transparent gemacht werden. Dies wollen wir durch die Förderung der Vermarktung von Produkten aus Hamburg und Umgebung und die lückenlose Kennzeichnung und Kontrolle der Lebensmittel erreichen. Die GAL will die ökologische Landwirtschaft massiv ausbauen. Derzeit werden nur 6% der 14.000 Hektar Agrarland in Hamburg ökologisch bewirtschaftet - dieser Anteil soll in den nächsten Jahren verdoppelt werden, mittelfristig soll der Anteil bei 20% liegen. Als Sofortmaßnahmen will die GAL ein Hamburger Aktionsprogramm Ökolandbau. Im Mittelpunkt stehen die Schaffung von Weiterverarbeitungskapazitäten für ökologisch erzeugte Nahrungsmittel, eine Imagekampagne für ökologische Landwirtschaft und verbesserte Pachtbedingungen für Öko-Bauern. Die konventionelle Landwirtschaft muss durch Festlegung von Mindestkriterien für den Verbraucher- und Naturschutz gründlich ökologisiert werden. Städtische Flächen sollen nur unter der Auflage der Einhaltung dieser Mindeststandards verpachtet werden. Die Freisetzung gentechnisch veränderter Organismen zur Nahrungsmittelproduktion lehnt die GAL ab. Die GAL setzt sich für den Tierschutz als Staatsziel ein.

## Landschaftszerstörung stoppen

Die Fläche unserer Stadt ist begrenzt: Sie muss 1,7 Millionen Menschen Raum für Wohnen, Mobilität, Lernen, Arbeit und Erholung bieten. Damit wächst der Druck auf die wertvollen Naturflächen Hamburgs. Täglich wird in Hamburg etwa die Fläche eines Fußballfeldes neu für die Besiedelung in Anspruch genommen - wenn wir in Zukunft nicht sparsamer mit dem knappen Boden umgehen, sind die Flächenvorräte Hamburgs in rund 20 Jahren erschöpft. Anstatt immer neue Wohn- und Gewerbegebiete auf der „grünen Wiese“ zu planen, wollen wir die vorhandenen Siedlungsflächen besser nutzen. Unsere Prioritäten liegen deshalb auf der Standortsicherung, der sozialverträglichen Nachverdichtung und der Nutzungsintensivierung bestehender Wohn- und Gewerbegebiete sowie der Altlastensanierung (Flächenrecycling). Konkret bedeutet dies, dass wir uns für ein besseres Flächen- und Standortmanagement im Hafen statt einer teuren Hafenerweiterung in Moorburg aussprechen. Anstelle der schleichenden Zersiedelung des Süderelberaums setzt sich die GAL für den Erhalt dieses kulturell, landwirtschaftlich und ökologisch wertvollen Naherholungsgebietes ein. In jedem Fall wollen wir verhindern, dass der Süderelberaum mit gleich zwei neuen Straßen durchzogen wird (Autobahn A 26 und DASA-Trasse). Hier heißt es: Entweder - oder! Daher will die GAL ein Verkehrskonzept für diesen Raum, welches Bahnen und Bussen Vorrang vor dem Straßenbau einräumt.

## Small is beautiful!

Die GAL steht für eine gesunde Skepsis gegenüber technokratischen Großprojektphantasien. Bevor Milliarden an Steuergeldern für Großprojekte ausgegeben werden und die Umwelt unwiederbringlich zerstört wird, sind vorrangig kleinere, dezentrale und regionalverträgliche Alternativprojekte zu prüfen. Beim Transrapid haben die Grünen die Verschwendung von sechs Milliarden DM an Steuergeldern verhindert. Für diese Vorsicht steht die GAL weiterhin. Außerdem: Infrastrukturmaßnahmen haben prinzipiell dort stattzufinden, wo die Folgen für den Naturhaushalt am geringsten sind. Deswegen hat die GAL in der vergangenen Wahlperiode dafür gesorgt, dass es eine Autobahn 26 im Moorgürtel nicht geben wird. Wo Umweltauswirkungen auftreten, sind die ökologischen Folgen zu minimieren und durch Naturschutzmaßnahmen zeitnah an anderer Stelle auszugleichen. Auch im Rahmen der Aufstellung von Bebauungsplänen wird die GAL für einen umfassenden Naturausgleich sorgen.

## Laut ist out

Städte erfordern von ihren Einwohnern und Gästen eine hohe Mobilität. Jahrzehntelang hatte besonders die Verkehrsentwicklung ausschließlich ein Ziel: Mit dem Auto möglichst schnell von A nach B, mit dem Laster möglichst viel Ware „just in time“ an den Kunden. Egal, ob „just in time“ zu nachtschlafender Zeit überhaupt notwendig war. Deshalb ist Lärmschutz besonders wichtig. Wir können es nicht zulassen, dass allein an den Hauptverkehrsstraßen 114.000 Hamburgerinnen und Hamburger weiterhin unter einem gesundheitsgefährdenden Lärmpegel leiden. Wir wollen mit einem ehrgeizigen Programm zur aktiven Lärmvermeidung und zum passiven Lärmschutz für mehr Ruhe in der Stadt sorgen.

## Saubere Stadt

In einer Metropole wie Hamburg - wo viele Menschen relativ dicht zusammen wohnen - ist die Abfallpolitik ein besonders wichtiges Thema. Die GAL verfolgt zwei klare Linien: Wir setzen zum einen auf Müllvermeidung - also auf Langlebigkeit, Mehrfachnutzung, Reparaturfreundlichkeit und die möglichst abfallarme Herstellung von Produkten. Für den nicht vermeidbaren Müll arbeiten wir weiter an umweltgerechten Verwertungs- und Entsorgungswegen. Die Hamburger Stadtreinigung hat sich dafür als Dienstleister bewährt und soll als kommunales Unternehmen gesichert werden, denn so lassen sich abfallpolitische Zielsetzungen am besten verwirklichen: Wir wollen eine zuverlässige umweltgerechte Entsorgung, wir wollen wilde Müll-Ablagerungen offensiver verfolgen, und wir wollen klare Zuständigkeiten für die bedarfsgerechte Reinigung öffentlicher Flächen. Wir werden allen Hamburgerinnen und Hamburgern gleichermaßen diese Dienstleistung anbieten - Sauberkeit ist kein Privileg „gepflegter“ Stadtteile, sondern ein notwendiger Bestandteil der Lebensqualität in ganz Hamburg.

## Klimaschutz schafft Arbeit

Mit dem Atomkompromiss und der anstehenden Novelle des Atomgesetzes hat sich vieles geändert: Es gibt einen Einstieg in den Ausstieg aus dieser lebensbedrohlichen Technik. Sicher - wir hätten ihn uns schneller gewünscht, aber bei diesem Thema hatten wir nicht nur einen Kampf gegen die Atomwirtschaft zu führen, sondern auch gegen weite Teile unserer Koalitionspartner auf Landes- und Bundesebene.

Durch ein Gesetz allein wird der laufende Betrieb von Atomanlagen nicht ungefährlicher. Es wird in den nächsten Jahren vorrangig unsere Aufgabe sein, die Einhaltung der erzielten Vereinbarungen zu überwachen.

Auch durch Hamburg rollt Atommüll. Je schneller dezentrale Zwischenlagerung an den Standorten möglich ist, umso zügiger können diese Transporte vermieden werden. Wir werden gemeinsam mit Niedersachsen und Schleswig-Holstein dafür sorgen, dass Größe und Anzahl der Zwischenlager den Konsensvereinbarungen entsprechen.

Auch die Stadt Hamburg ist Stromkundin.

Wir werden uns dafür einsetzen, beim Bezug Umweltkriterien ein stärkeres Gewicht zu verleihen.

Wirtschaftliche, soziale und ökologische Ziele müssen sich keinesfalls zwangsläufig widersprechen. Grüne Politik bedeutet in diesen Fragen nicht „entweder - oder“, sondern „sowohl - als auch“. In Hamburg sorgt die Initiative „Arbeit und Klimaschutz“ nicht nur für verbesserten Wärmeschutz und den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien - gleichzeitig werden zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen und kleine und mittelständische Unternehmen gestärkt. Diese Politik wollen wir weiterführen. in Hamburg kann dabei der Schwerpunkt nicht auf der Windkraft liegen - dafür haben wir eine zu begrenzte Fläche. Daher werden wir verstärkt die Altbausanierung und die Nutzung der Solarenergie vorantreiben. In der Sanierung der vorhandenen Gebäude liegen die größten Möglichkeiten für Energieeinsparung. In der Nutzung der Sonnenenergie liegt unser größtes Energiepotential, das sich ohne Flächenverbrauch und Lärmbelästigung anzapfen lässt. Die GAL hat durchgesetzt, dass alle Schulneu- und Erweiterungsbauten unter ökologischen Gesichtspunkten durchgeführt werden müssen.

Die wohlhabende Metropole Hamburg ist mit ihren Treibhausgasemissionen mitverantwortlich für Klimaveränderungen mit katastrophalen Auswirkungen durch Überschwemmungen, Stürme und extreme Trokkenzeiten. Umweltschutz darf nicht an den Landesgrenzen der Stadt Hamburg halt machen. Wir haben eine globale Verantwortung, vor allem für die Länder und Menschen, die besonders betroffen und hilfsbedürftig sind. Wir haben deswegen verschiedene Umweltprojekte im Ausland unterstützt. Einen besonderen Schwerpunkt haben wir auf unsere Partnerstadt Leon in Nicaragua gelegt und hier unbürokratisch und schnell geholfen. Wir möchten in den nächsten Jahren ein Netzwerk von Klimapatenschaften aufbauen. Dieses Netzwerk soll Menschen und Projekte aus den Ländern der Erde zusammenbringen, die besonders von der Klimaerwärmung betroffen sind.

## *Erfolge messen*

Wir werden in Zukunft unsere Erfolge im Umwelt- und Klimaschutz messbar machen. Die grün geführte Umweltbehörde hat ihre umweltpolitischen Ziele für die nächsten Jahre in einem Kursbuch konkretisiert. Unser grünes Hamburg soll nach klaren Vorgaben entstehen. Alle Beteiligten können sich beim ökologischen Umbau auf Richtung und Geschwindigkeit einstellen. Das schafft Planungssicherheit für BürgerInnen, Wirtschaft und Verwaltung.
Wir werden das im Einklang mit der rot-grünen Bundesregierung in Berlin machen. Hier sind für viele Themen entscheidende Weichen gestellt worden. Atomkonsens, Erneuerbare-Energien-Gesetz, 100.000-Dächer-Programm, Neuregelungen im Abfallbereich, Ökosteuer und die Novelle des Naturschutzgesetzes markieren die Notwendigkeiten und Möglichkeiten eines koordinierten Vorgehens auf Landes- und Bundesebene.

## *Umweltschutz zum Mitmachen*

Moderne Umweltpolitik kann nur gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich sein, weil Umweltschutz in allen Lebens- und Arbeitsbereichen eine wichtige Rolle spielt: Mobilität, Wohnen, Ernährung, Freizeit- und Konsumverhalten etc. Der Umweltverbrauch ist bei unserem heutigen Lebensstil viel zu hoch. Wir möchten Bürgerinnen und Bürger für den Umweltschutz sensibilisieren und gewinnen, indem wir besser informieren und beraten, bei Planungen und Vorhaben BürgerInnen beteiligen und Umweltprojekte gemeinsam durchführen.

## *Umweltbewusstsein stärken*

Die Umweltbildung soll gestärkt werden und künftig mehr schulische und außerschulische Angebote machen, die Menschen Natur- und Umwelterlebnisse ermöglichen. Dadurch soll eine Auseinandersetzung mit der eigenen Lebensweise unter dem Aspekt von Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit angestoßen werden. Neu zu schaffende Informationshäuser z.B. im Naturschutzgebiet Höltigbaum stellen vorbildliche Projekte dar. Zur Möglichkeit der Naturerfahrung sollen die städtischen Grünanlagen besser nutzbar gemacht werden. In den nächsten Jahren wollen wir mehr junge Menschen für die Mitarbeit im Umweltschutz gewinnen und werden deswegen das Freiwillige Ökologische Jahr (FÖJ) in Hamburg ausweiten.

## *Umweltinitiativen fördern*

Unser besonderes Augenmerk wird in den nächsten Jahren darauf liegen, die Aktivitäten einzelner Initiativen, Verbände und Behörden besser zu vernetzen. Denn vieles geht immer noch zu langsam, viele gute Ideen brauchen zu lange, um sich im Regierungsalltag oder der Gesellschaft durchzusetzen. Wir bauen auf das innovative Potential dieser Stadt und sehen unsere Aufgabe darin, guten Initiativen und kreativen Köpfen durch „kurze Dienstwege“ schnell zum Durchbruch zu verhelfen. Wir wollen die Betroffenen und die Umweltverbände stärker einbeziehen. Die Durchsetzung eines verbesserten Verbandsklagerechts im hamburgischen Naturschutzgesetz durch die GAL bedeutet einen Gewinn für die Umwelt und für die Sicherung rechtsstaatlicher Planungsverfahren. Weitere Verbesserungen der BürgerInnenbeteiligung müssen folgen. Denn je mehr Menschen an der Umsetzung unserer Leitbilder einer sozialen und ökologischen Stadt arbeiten, umso schneller werden wir sagen können: „Ja, Hamburg ist grün.“

Bündnis 90/DIE GRÜNEN GAL Hamburg
V.i.S.d.P.: Michael W. Osterburg
Landesverband Hamburg
Curienstraße 1
20095 Hamburg
Hotline: (01805) DIEGRUENEN [343478]
Email: info@hamburg.gruene.de
www.hamburg.gruene.de

Herstellung, Fotografie, Gestaltung:
Werner Symanzik PHOTOPRODUCTIONS!
Frahmstraße 23
22587 Hamburg
Tel.: 040/862972

Gedruckt auf 115 gr. Recystar Offset
100% Recyclingpapier chlorfrei.